

# Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Organ für die werktätige Bevölkerung**

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle: **Dreslau 2**  
 Juristisch-Rechtliche Anstalt: **Postfach-Ring 3141**  
 Postfach-Ring: **Postfach-Amt Breslau Nr. 5852**

**Anzeigenpreis:** 10 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien  
 20 Pfennige für Anzeigen aus anderen Provinzen  
 30 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland  
 40 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration  
 50 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration und Photographie  
 60 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration, Photographie und Zeichnung  
 70 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration, Photographie, Zeichnung und Musiknoten  
 80 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration, Photographie, Zeichnung, Musiknoten und Photographie  
 90 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration, Photographie, Zeichnung, Musiknoten, Photographie und Photographie  
 100 Pfennige für Anzeigen aus dem Ausland mit Illustration, Photographie, Zeichnung, Musiknoten, Photographie und Photographie

## Eine rechtzeitige Lehre für die Provinziallandtagswahl.

### Annahme des Locarno-Gesetzes im Reichsrat.

**Der niederländische Vertreter stimmt gegen die große Mehrheit der niederländischen Wähler.**

Der Reichsrat verabschiedete am Sonnabend den Gesetzentwurf über die Annahme des Vertrages von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund. Vor der Abstimmung erklärten die Vertreter Braunshweig und Thüringens, daß ihre Regierungen zwar dem Gesetzentwurf zustimmen, aber nur unter gewissen Vorbehalten über weitere Rückfragen. Der Vertreter von Mecklenburg-Schwerin stimmte im Austrage seiner Regierung gegen die Vorlage. Bei der Abstimmung wurde Artikel 1, der die Ermächtigung zur Unterzeichnung des Vertrages von Locarno enthält, mit 46 gegen 4 Stimmen angenommen. Artikel 2 über den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund fand mit 43 gegen 4 Stimmen Annahme. Gegen Artikel 1 stimmten Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien, Mecklenburg und Bayern. Der Stimme enthielten sich Württemberg und Hessen-Nassau. Ein Antrag Bayerns über den Zeitpunkt des Eintritts in den Völkerbund beschloß der Reichsrat, fand nicht die nötige Unterfertigung.

In der Gesamtbestimmung wurde die ganze Vorlage mit 46 gegen 4 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten Ostpreußen, Pommern, Niederschlesien, Mecklenburg-Schwerin. Der Stimme enthielten sich Bayern, Württemberg und Hessen-Nassau.

Der Vertreter Niederschlesiens hat sich mit seiner Abstimmung, wie die Ziffern aller Wahlen der letzten Jahre zeigen, in schärfstem Widerspruch mit der großen Mehrheit der niederländischen Wähler gestellt. Es ist der frühere deutschnationalen Oberpräsident v. Günther, der seine Wahl in den Reichsrat durch den provinziellen Wahlsieger einem Kampfe mit der Rechten im niederländischen Zentrum verdankt. Man kann wirklich neugierig sein, ob das Zentrum sich im neuen Provinziallandtag den blamablen Witz noch einmal leisten wird, einem Mann das wichtigste von der Provinz zu vergebende politische Mandat zu verleihen, der es dazu benutzt, um diejenige Außenpolitik zu bekämpfen, auf die mit uns auch das Zentrum und selbst die Volkspartei entscheidenden Wert legt.

Es gibt ein Mittel für die Wähler, um diese reaktionäre Vertretung Niederschlesiens, die uns in den Geruch eines weichen Mecklenburg bringt, zu verhindern. Wenn die Wähler am kommenden Sonntag recht viele Sozialdemokraten in den Provinziallandtag schicken, dann werden sich auch die schwanke Mittelparteien die Unterstützung solcher vorweltlicher Reaktionen wie dieses alten junterlichen Bürokraten abgewöhnen. Herr v. Günther hat uns die allgemeinspolitische Bedeutung der Selbstverwaltungswahlen des 29. November in reicher Stunde deutlich gezeigt. Alle wahlberechtigten Schlesier sollten ihm Sonntag die rechte Antwort geben!

### Rücktritt des Reichsjustizministers.

Reichsjustizminister Frenken (Zir.) hat am Sonnabend durch folgendes Schreiben an den Reichskanzler um Entlassung von seinem Amte gebeten:

„Da ich dem Endergebnis der Verhandlungen von Locarno nicht zustimmen konnte, war ich, wie Ihnen bekannt ist, entschlossen, bei der Umgestaltung der Regierung ein Ministerium nicht mehr zu übernehmen. Die Erörterungen über diese meine Haltung in der Presse und meine Aussprache, die ich darüber mit dem Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstages, Herrn Abgeordneten Fehrenbach, hatte, veranlaßten mich zu der Bitte, meine Entlassung aus dem bis her von mir bekleideten Reichsministerium schon jetzt herbeizuführen.“

Reichspräsident von Hindenburg genehmigte dieses Entlassungsgesuch.

### Heute Beginn der Locarno-Debatte im Reichstag.

Der Reichstag trat am Sonntag zur Beratung der Gesetzentwürfe zusammen. Er beschloß, daß am Montag, dem 11. Uhr vormittags, die große politische Aussprache über die Regierungsvorlage bezüglich des Vertrages von Locarno und den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund beginnen soll. Die Verhandlungen werden durch eine Rede des Reichskanzlers Dr. Brüning eingeleitet werden. Nach der Rede des Reichskanzlers wird sich das Plenum am Dienstag verlagern. Am Montag nachmittags wird aber der einstündige Ausschuß des Reichstages zusammentreten, um über die Entwaffnungsfrage zu beraten. Die Debatte im Plenum soll höchstens am Mittwoch zu Ende geführt werden.

### Die Volkspartei gegen die Rückkehr der Deutschnationalen in die Reichsregierung.

Der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei nahm am Sonntag bei außergewöhnlich starker Beteiligung im Reichstag Stellung zum Vertrag von Locarno und zur innerpolitischen Lage im Reich, wobei Dr. Stresemann ein einleitendes Referat hielt.

In der anschließenden Aussprache befürworteten alle Redner, insbesondere auch Vertreter der besetzten Gebiete, die Annahme der Vorlage von Locarno. Die Nichter der Deutschnationalen aus der Verantwortung und aus der Zusammenarbeit mit der Volkspartei fand scharfe Verurteilung. Die Tagesordnung mit der einstimmigen Annahme einer Entschließung, in der zunächst der Heberzeugung Ausdruck gegeben wird, daß es notwendig ist, in Europa einen dauernden Friedenszustand zu schaffen. Gleichzeitig spricht die Partei ihre Heberzeugung dahin aus, daß die großen Auswirkungen des Vertrages sich erst zeigen können, wenn er in Kraft getreten ist. Die Entschließung betont, daß das Werk von Locarno alle Möglichkeiten irrtümlicher Aenderungen der bestehenden Verträge offen läßt. Daher erklärt der Zentralvorstand vor dem deutschen Volke, daß er einstimmig für das Werk von Locarno eintrete und die Fortführung der damit eingehenden Politik fordere.

Zur innerpolitischen Lage heißt es dann in der Entschließung wörtlich: „Die Politik von Locarno ist von einer bürgerlichen Regierung geführt worden. Die bürgerliche Regierung war das Ergebnis jahrelanger Behauptungen der Deutschen Volkspartei, die bis zur Selbstenttarnung dafür gekämpft hat, den Deutschnationalen die Mitarbeit an verantwortlicher Stelle der Reichsregierung zu sichern. Dieses Zusammenhalten des deutschen Bürgertums ist durch das Vorgehen der Deutschnationalen Volkspartei zersprengt. Damit sind Gefahren für unsere innerpolitische und innerwirtschaftliche Entwicklung entstanden. In der kritischsten Stunde der deutschen Entwicklung schaute die Deutschnationalen Volkspartei die Politik der Verantwortung, um die heftigste Oppositionsstellung wieder einzunehmen. Die Deutschnationalen Partei allein trifft die Verantwortung für die Folgen die sich daraus ergeben.“

Die Entschließung der Volkspartei im Reichstag bedingt noch Abschluß des Vertrages von Locarno, daß die Reichsregierung nur aus Persönlichkeiten und Vertretern von Parteien bestehen kann, die gewillt sind, die Außenpolitik im Geiste des Werkes von Locarno weiterzuführen. Nur dadurch ist die Sicherheit gegeben, daß die Erfolge dieser Politik tatsächlich erreicht werden können.“

Über die Volkspartei ist konsequent und schont die Rückkehr der Deutschnationalen in die Reichsregierung trotz allem Abschieds-schmerz ab. Wie lange?

### Schon wieder Rücktritt Painlevés.

**Diesmal führt ihn die Rechte.**

Paris, 22. November. (Eigener Drahtbericht.) Das Ministerium Painlevé hat am Sonntag seine Demission gegeben, nachdem die Kammer mit 278 gegen 275 Stimmen den Artikel 5 der Finanzvorlage, der die Zwangs-Konkordierung der kurzfristigen Schuld vorseht, abgelehnt hat. Die Mitglieder des Kabinetts, die mit Ausnahme Branda, sämtlich der Sitzung beiwohnten, verließen nach dem Abstimmungsergebnis sofort den Sitzungssaal und traten zu einer letzten Beratung zusammen, in der die Gesamtdemission beschlossen wurde.

Das am 29. Oktober konstituierte zweite Kabinet Painlevé hat sich also nicht einmal ganz einen Monat lang zu halten vermocht. Es ist genau, wie das erste Kabinet Painlevé, über die Finanzfrage gekürzt, die es ebenmäßig zu lösen vermochte, wie sein Vorgänger, das Ministerium Herriot. Für die Ablehnung des Artikels 5 der Vorlage stimmten mit der Opposition etwa 30 Mitglieder vom rechten Flügel der Kartellpartei. Während die Sozialisten trotz schwerster Gemütskonflikte sich nicht an die in der vergangenen Woche zwischen den Gruppen der Linken getroffenen Vereinbarungen hielten und alle bisherigen Abstimmungen im Interesse der Erhaltung des Kabinetts und die eigenen schwerwiegenden Bedenken gegen die Vorlage zurückstellten, ist der rechte Flügel der bürgerlichen Linken dem Ministerium Painlevé in den Rücken gefallen.

Paris, 23. November. (Eigener Funkbericht.) Eine kurzfristige Fraktionslösung der Sozialistischen Kammergruppe am Sonntagabend hat vor allem der abermals akut gewordenen Frage der Beteiligung an der Regierung gegolten. Herriot will die Regierung nur übernehmen, wenn auch die Sozialisten eintreten. Ohne ihn dürfte ein weiter rechtsstehendes Kabinet zustande kommen. Für den Eintritt in ein Kartellkabinet traten ein Paul Boncour, Renaudel, Auriant, Mitrail, Weiss und in seiner Eigenschaft als Mitglied des Parteivorstandes Grumbach. Die bekannten Gegner der Beteiligung an der Regierung, Paul Faure, Comper-Morel und Lebas hatten der Sitzung nicht beigewohnt, so daß die Gegenseite nicht zum Worte kam. Eine angenommene Entschließung fordert die Vertreter der Fraktion auf, an allen Beratungen des Linkskartells teilzunehmen und versichert, alles zu tun, um die von den Geldmächten und jähselbstigen Antrieben bedrohte Republik zu retten.

## Wo sollen wir stehen?

### Offener Brief an die schlesischen Wähler.

Von Paul Löbe.

Genosse Löbe hat in der Reichstagsfraktion, wie schon mitgeteilt, die jetzt beschlossene Taktik empfohlen, das Locarno-Gesetz bedingungslos und ohne Reservations anzunehmen. Da wir (in Übereinstimmung mit früheren Beschlüssen des Fraktionsvorstandes) diesmal eine andere taktische Linie für ausweichlicher halten, haben wir unseren verehrten Mitarbeiter um ausführliche Darlegung seiner Gründe gebeten, die er nun im folgenden entwickelt. Red.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat am Freitagabend einen Antrag Löbe angenommen, der sich für die Zustimmung der Fraktion zum Sicherheitspakt von London und für den Beitritt zum Völkerbund ausspricht. Da auch in Schlesien ein Teil der Genossen die Ansicht vertritt, die Fraktion hätte durch Ablehnung zunächst einen Regierungswechsel und eine eventuelle Reichstagsauflösung erzwingen sollen, sollte nicht zum „Lüdenbüßer“ hergeben, möchte ich die Gründe meiner Stellungnahme nachstehend ihrer Beurteilung unterbreiten.

Der Sicherheitspakt zwischen Frankreich und Deutschland ist der erste bedeutende Schritt zur Ausöhnung der beiden großen mitteleuropäischen Nationen, die sich in jahrhundertelangen Feinden unerhörte Wunden geschlagen, der Beitritt zum Völkerbund ist unsere Forderung seit seinem Bestehen. Beides liegt in der Linie jener Außenpolitik, welche die Sozialdemokratische Partei 6 Jahre lang unter Angriffen und Verdächtigungen verfolgt hat und die jetzt von den meisten unserer früheren Gegner selbst vertreten werden muß — bis zu Luther und Hindenburg.

Ich habe vor einem Jahre in einem offenen Brief den Außenminister Stresemann angefordert: haben Sie endlich Mut, treten Sie dem Völkerbunde bei! Soll ich jetzt diesen von mir selbst empfohlenen Schritt zu Fall bringen? Wir haben aus dem Internationalen Kongreß zu Marzelle den Pakt von Locarno als eine wichtige Währungsleistung auf dem Wege unserer Friedenspolitik gebilligt. Ich habe der

den Anschließ-Rundgebungen in Wien, auf dem Friedenskongreß in Paris, in zahlreichen Reden in Amerika für den Veröhnungspakt zwischen Deutschland und Frankreich mich mit aller Kraft eingesetzt. Soll ich ihn jetzt bei der parlamentarischen Abstimmung ablehnen?

Wir haben die englische Arbeiterpartei zum Eintreten für ihn bewogen. Die Genossen in Frankreich, in Belgien unter dem sozialdemokratischen Minister Vandervelde, treten für ihn ein und wir sollten ihn verschlagen?

Wir verschlagen ihn nicht, wir stehen ihn hin aus, sagen die Anhänger einer anderen Taktik. Genossen, schon einmal hat die deutsche Politik eine historische Stunde verpaßt, damals, als Herriot und Macdonald in Genf mit großer Geste die Einladung zum Völkerbund ausbrachten, die anzunehmen Stresemann nicht den Mut hatte. Eine gleiche Stunde ist nicht wiederkehrt, wer weiß, ob sie so überhaupt wiederkehrt. Wissen wir, wie sich die Situation nach der großen Enttäuschung gestalten kann, die wir der Welt bereiten würden?

Heute warten fünf Hauptmächte Europas auf den Augenblick der Signierung. Die Ministerpräsidenten dieser Länder treten am 1. Dezember in London zusammen. Ganz Europa, nein die ganze politische Welt steht mit gespanntem Interesse dieser Eröffnung einer neuen Epoche der internationalen Politik entgegen. Sollen wir alle diese Unterhändler unverzüglich heimjagen, weil am 28. oder 29. November der Deutsche Reichstag durch Schuld der Sozialdemokraten die Unterzeichnung unmöglich macht?

Wird nicht in der ganzen Welt der Eindruck hervorgerufen werden: wieder Deutschland, das einen Friedenspakt zerstückt! Werden nicht alle Gegner einer Veröhnungspolitik in den anderen Staaten triumphierend auf unser Land zeigen und sagen: eine neue Schuld hat Deutschland auf seine Schultern gemäht, wenn wir die historische Handlung zunächst unmöglich machen, zunächst vereiteln.

Es ist politisch unmöglich, diese Verantwortung zu tragen.

Es ist auch wirtschaftlich unmöglich, sie zu tragen.

Wir sehen, in welcher Verfassung sich Industrie und Landwirtschaft befinden, sehen die Liquidationen großer Betriebe, sehen die Entlassung von Angestellten und Ar-

behalten, sehen, wie schwer wir ohnehin durch diesen Winter kommen werden.

Keiner, der das Ausland mit offenen Augen beobachtet, kann bezweifeln, daß eine neue Erschütterung der wirtschaftlichen Stellung Deutschlands folgen muß, wenn der Vorkriegszustand in Frage gezogen wird. Das lebhafteste Interesse aller Wirtschaftskreise in Amerika läßt keinen Zweifel, wenn auch nur von ferne der Glaube zu fassen kann, daß neue Zermürbungen in Europa möglich sind, dann muß die Hilfe an Krediten, auf die viele schimpfen, die aber alle in Anspruch nehmen, zunächst verzögert, noch größere Stilllegungen müssen folgen.

Dann muß auch in Europa eine noch stärkere Abwehrung der Nationen mit ihren Märkten eintreten, also das Gegenteil dessen, was wir zur Entlastung brauchen.

Die Ablehnung von Locarno bedeutet also noch mehr Arbeitslosigkeit, noch mehr Not. Ich möchte aber nicht die Verantwortung für einen einzigen Arbeitslosen übernehmen, der einer falschen Außenpolitik der Sozialdemokraten sein Schicksal zuschreiben müßte.

Was nützt uns die schönste Koalition, der freudigste Wahlsieg, wenn das neu erschütterte Wirtschaftsleben unsere Hände bindet, alle sozialen Hilfsmagnahmen erschwert oder unmöglich macht!

Laßt uns doch das ein, Genossen, nicht vergessen, was platt hingemagel wegen seiner häufigen Wiederholung und was doch immer wieder in die Gehirne gehämmert werden muß: Der Krieg ist es, der uns heruntergebracht hat. Nur der Friede, nur der geordnete Friede kann Abhilfe bringen.

Keine Besserung, kein Wohlstand, keine Hoffnung auf Emporsteigen, kein Sozialismus ist in Europa ohne die feste Gewißheit des Friedens möglich. Alle unsere Arbeit ist auf dieses Fundament gestellt. Es ist die Vorbedingung, ohne die wir Hirn und Hand vergeblich anstrengen.

Also: Locarno erfüllt zum erheblichen Teil unsere eigenen außenpolitischen Forderungen. Locarno bedeutet die Milderung der bevorstehenden wirtschaftlichen Not. Locarno ist die Karotte der Arbeiterparteien aller anderen beteiligten Länder. Die deutsche Arbeiterpartei darf es aus innerpolitischen, tatsächlichen Rücksichten nicht gefährden.

Ein Teil der Genossen hoffte, die Deutschnationalen wie beim spanischen Handelsvertrag, wie beim Dames-Gurachien zu einem Umsturz zu bringen. Hätte sich ihre Hoffnung erfüllt, dann müßte der innerpolitische deutschnationale Einfluß gestärkt werden. Die Ermartung ist nicht eingetreten; die Deutschnationalen sind nur halb umgefallen und haben sich, vor Ostbüßern abgesehen, dann wieder aufgerichtet.

Ein Teil der Genossen hoffte, von einer neuen Reichstagswahl Stärkung der Links- und Mittelparteien. Es ist möglich, ja wahrlich einlich, daß sie recht haben. Aber auch der schönste Sieg der Sozialdemokraten zwingt uns, mit denselben Parteien eine große oder kleine Koalition zu machen, da doch niemand glaubt, daß wir allein stark genug wären, die Regierung zu übernehmen. Also die gleichen unbefriedigenden Kompromisse und Halbheiten, die manchemal nicht zu vermeiden sind, die aber die Machtverteilung in unserem Lande vorschreiben — und das auf Kosten jenes außenpolitischen Verlustes, den ich im ersten Teil meines Briefes angedeutet habe.

Und haben wir den politischen Erfolg, während die Wirtschaftslage sich weiter verschlechtert, treten wir in eine Regierung ein unter diesen Vorbedingungen, dann werden wir alle Gegner von rechts einladen uns aufs Neue zu sagen: die wirtschaftlichen Verhältnisse sind schlecht geworden, weil die Sozialdemokraten in die Regierung eintraten oder: weil die Sozialdemokraten Regierungspartei wurden, ist es wieder schlechter geworden. Uebrigens müßten wir den Wahlkampf für Locarno, das wir eben abgelehnt haben und das wir im neuen Reichstag dann annehmen wollen. Könnten uns die Wähler nicht sagen: das heißt ihr billiger haben können. Müßten uns die Deutschnationalen nicht entgegenstellen mit dem Argument: ihr habt ja selber mit uns abgelehnt?

Selbst wenn ich aber allen Optimismus über den Ausfall der Wahl teile, sehe ich nach Obigem keinen greifbaren Wandel und Erfolg.

Wie aber, wenn die Wähler mit jener Müdigkeit reagieren, die wir trotz guter Haltung der Partei in Baden, Hessen und Berlin beobachteten, den Deutschnationalen zwar Schläge zufügen, aber doch die Teilnahme an der Wahl wegen öfterer Wiederholung lassen sehen? Ist das nicht ein willkommenes Argument gegen Volksrechte überhanpt?

Tatsächliche Schatzgüge sind in der Politik erlaubt, müssen zuweilen unternommen werden, darin beruht die politische

Kunst. Aber sie kann und darf nicht geübt werden auf Kosten einer klaren Haltung in der Außenpolitik, wie wir sie vor dem eigenen Volk und vor der Welt vertreten haben.

Vielleicht würden wir einen innenpolitischen Erfolg erringen — viel größer aber als dieser ist für die Dauer das Verdienst, mitgewirkt zu haben an der Eröffnung einer Epoche der Befriedung, der Verständigung, der Verständigung unter den Völkern Europas. Dagegen kommt selbst jede zukünftige Regierungskonstellation in zweiter Linie. Ganz abgesehen davon, daß das Kabinett Luther ja so wie so seinen Rücktritt nach der Unterzeichnung vollzieht.

Die Sozialdemokraten, die die Fahne der Verständigung durch die Jahre des Falles getragen, dürfen kein Mißverständnis aufkommen lassen über ihre Haltung, über die Haltung Deutschlands. Sie müssen für den Beitritt zum Völkerbund und für die Unterzeichnung des Sicherheitspactes stimmen.

#### Anmerkung der Redaktion:

Wie gesehen offen, daß wir auch nach diesen, nicht nur durch die Person des Schreibers, sondern auch durch das Gewicht seiner Gründe schwerwiegenden Darlegungen noch nicht von der Zweckmäßigkeit der jetzigen Politik unserer Reichstagsfraktion überzeugt sind.

Dem Ausland hätte sich doch wohl klar machen lassen, daß unser Verlangen nach Neuwahlen vor der Annahme des Locarno-Beleges den Vertrag nicht gefährdet, sondern die verständigungsfeindliche Mehrheit des Reichstages nur verstärken und die innerpolitischen Bedingungen für die Durchführung des Vertrages sichern konnte. Sind doch mehrere andere der Hauptunterzeichnungsmächte auch erst frühestens in einigen Wochen so weit, daß ihre Parlamente den entsprechenden Beschlüssen zustimmen.

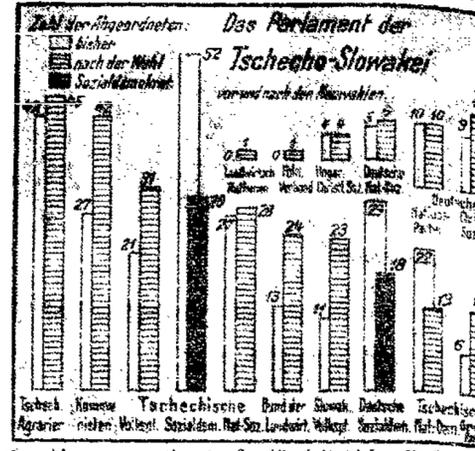
Unsere Beurteilung der Wahlausichten ist optimistischer als die durch den Genossen Löbe, der ja in den letzten Monaten nicht in Deutschland weilte. Löbe spricht uns in einer privaten Ergänzung seiner Darlegungen seine Freude über diese Zuversicht der wichtigsten Genossen aus, die der Gesamtpartei in allen zu legenden Wahlen die geringste Enttäuschung bereiten könnten. Er wisse aber nicht, ob es überall im Lande gleich gut gehe. Baden und Hessen sowie einzelne Stadtverordnetenwahlen im Osten (Landsberg) rechtfertigen aber auch bei Berücksichtigung der Berliner Stadtverordnetenwahl Ergebnisse unserer Meinung nach zuverlässliche Berechnungen.

Genosse Löbe ist aber auch für den Fall des Wahlerfolges skeptisch, da er darin einen gewissen Zwang zur Koalition sieht. Diesen vermögen wir nicht zuzugeben, da ein Wahlerfolg uns auch zu recht weitgehenden sozialistischen Bedingungen für einen Koalitionsabschluss berechnen würde. Wären diese von den Mittelparteien nicht angenommen worden, so wäre auch unsere Oppositionsstellung durch den zu erwartenden Zuwachs von mindestens zwei Dutzend Mandaten (bei gleichzeitiger Rückgang der Rechten und der Kommunisten etwa nach den heftigsten Durchschnitzziffern) recht nützlich vergrößert worden.

Die große Frage ist es nun, ob das Fortwachsen des jetzigen Reichstages wirklich die Gefahren umschiffen wird, auf die Genosse Löbe hinweist. Es läßt sich keine feste Regierung für die Durchführung von Locarno. Denn die Mittelparteien sind in der Minderheit, die Rechte ist dagegen und wir können in der heutigen Stärke auf keinen Fall Koalition machen. So wird wieder das Spiel mit wechselnden Mehrheiten beginnen, in denen die Sozialdemokratie außenpolitisch helfen darf und die Deutschnationalen in der Wirtschaft- und Finanzpolitik herangezogen werden. Das wird kaum so bald durch den Wiedereintritt der Schiele, Schlieben und Wehner in die offizielle Mitverantwortung für das Reichskabinett geschehen. Aber eine vorübergehende Mitregierung der Deutschnationalen ist doch noch viel unerfreulicher als ihre bisherige wenigstens klare öffentliche Belastung auch mit den Ergebnissen ihrer Sozial- und Finanzpolitik.

Wenn die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion jetzt innerpolitisch gegen die Kanitz und Geßler mit allen parlamentarischen Mitteln vorgeht, wird diese unerfreuliche Situation vielleicht noch zu vermeiden sein. Der günstige Augenblick aber für die Wählung mit der Rechten unmittelbar nach ihrer Regierungsübernahme und unmittelbar vor dem außenpolitischen Druck auf die Mitte zur Rücknahme auf unsere Wünsche ist infolge der von Löbe dargelegten Besorgnisse der Fraktionsmehrheit verfehlt. Es ist eine hohe politische Tugend; sie ist aber auch die einzige, die in dieser Entscheidung unserer Reichstagsfraktion sichtbar beschränkt wurde. —

## Die Wahlen zum Abgeordnetenhaus der Tschechoslowakei



haben die ganze nationale Berechtigung dieses Nachfolgers der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie wieder deutlich gezeigt. Unsere Statistik zeigt die Zahl der Abgeordneten im Prager Parlament vor und nach den Wahlen; die Sozialdemokraten und die tschechischen Sozialdemokraten sind schwarz gefolgt.

### Rücktritt Lord d'Abernons.

Die englische Presse hat gemeldet, daß der britische Botschafter in Berlin Lord d'Abernon demnächst seinen Posten verlassen werde. Wie die „Frankfurter Zeitung“ unterrichtet, tritt diese Nachricht auf d'Abernon zurück zur Unterzeichnung der Verträge nach Jahren. Er wird dann noch einmal auf seinen Posten treten, aber dann sehr bald Berlin verlassen. Ueber seinen Nachfolger ist bis jetzt noch nichts bestimmt.

### Mussolini wagt nicht nach London zu fahren.

Rom, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Die italienische Delegation für die Unterzeichnung des Locarno-Vertrages nach einer amtlichen Meldung aus dem Senat. Seit der bereits in Locarno die italienische Delegation führte, der Reichsgerichtspräsident Mussolini hat sich entschieden, nicht nach London zu fahren.

Die englische Linke unter Führung der Arbeitpartei hatte dem italienischen Gewaltmenschen vergeblich Bonfatti entgegen, sollte er nach London kommen. Gemäßigte konservative Presse unter Führung der Times hat seine Unterdrückung der Meinungsfreiheit. Die Gebührende italienischen Ansehens im Ausland werden erst die Nachwirkungen des Faschismus neu beginnen müssen!

### Fehlen demokratischer Kontrolle begünstigt Korruption!

13 Todesurteile wegen Unterschlagung in Sowjet-Rußland. Nach 42 tägiger Verhandlung ist der große Prozeß der Unterschlagungen im Petersburger Kreisgericht endlich beendet. Das Oberste Gericht hat nicht weniger als 12 Urteile gefällt darunter gegen den Hauptgeheißenen des Hafens und gegen den Chef des Hauptkommandanten. geflagte erzielten langjährige Freiheitsstrafen. In der Begründung wird „das Gemeinwohl des Staats, die Wirtschaft und die Moral“ als in der Verwirklichung des Kriegszustandes angetroffen worden. Die zum Teil Urteilen sollen ein Grabschloß einrichten. — Nach dem Wähler des Staatlichen Maschinenlagers in Tschernomorsk Unterschlagung von 8000 Rubeln zum Lode verurteilt worden. Die Kontrollkommission der Moskauer Parteiorganisationen, die Stadt und Gouvernament umfaßt, nahm in einer Plenarversammlung den Jahresbericht über die Kontrollarbeit der Beauftragten der Kommission gegen den Referent Korojew ab. Dieser hat sich sehr zufrieden dem Zustand der Moskauer A.B.-Organisation, die abgelehnten durch die Revisionen aufgedeckten Mängel „gesund“ sei. In auffallendem Gegensatz zu diesen Ausstellungen der zweiten Referent Steimachowitsch, der feststellte, dass die Referent Korojew, ein recht unzulängliches Bild Zuständen in der Organisation: die Zunahme der Verschwendungen und Veruntreuungen von Geldern, alle in die Augen. Die Zahl der Beauftragten hat gegen das Vorjahr in der Stadt Moskau um 20% zugenommen, im Gouvernament um das Dreifache zugenommen. Im letzten halbjahr hätte das Moskauer Gouvernament 1341 Fälle von Veruntreuungen zu untersuchen, 136421 Rubel seien von Parteimitgliedern untreu worden. Der Referent beantragt die Ausschaffung Referentmagnum, um diesem um sich greifenden zu fiemern.

## An den Ufern des Hudson

Roman von Lawrence H. Desberry.  
Aus dem amerikanischen Manuskript  
übertragen von Germania zur Wölfe.

29]

Dreizehntes Kapitel.  
Quatrasse Stunden.

Sobald der Morgen graute, farblose Harvey sein Automobil an und fuhr in die Stadt.

Für den Diener ließ er einen Jettel zurück, des Inhalts, er sei mit Frau Wood in die Stadt gefahren, werde im Laufe des Tages zurückkehren.

Während der schattigen verträumten Nacht hatten ihn ungewohnte Gedanken gequält und gequält: es hätte trotz allem Grundeln für die Ereignisse des Abends keine Erklärung neben können. War es möglich, daß bei Grace der Wahnwitz so plötzlich zum Ausbruch gekommen war? Und was es tatsächlich Wahnsinn gewesen, was es so handeln hätte lassen?

Wäre es nur die plötzliche Erinnerung an John Wood's gewesen, die sie veranlaßt, ihn zurückzuführen, so hätten ihre Augen nicht so auf ihn geschaut; er enthielt sich genau des Blicke: sie hätte ihn tatsächlich nicht erkannt.

Jetztlich gab es ein plötzliches Schwanken des Gedächtnisses, doch kam dies bei gedanklichen Reflexen, die sie über andere Menschen oder über letzte leibliche Erfahrungen vor.

Er gedachte des ganzen mit Grace verstrickten Tages. Sie war still gewesen, ein wenig traurig, wie dies nach einer Zeit war, doch hatte sie ihn, bis auf den einen Augenblick vor dem Schlafengehen, ruhiger beobachtet als sonst.

Hatte sie etwa der Gedanke, ihn auszufragen, damit er sich erkläre?

Über sie wogte doch ganz genau wissen, daß es klar eines Wortes bedürfte, und er hätte allen seinen Rechten entsagt, wäre er mit ein Kommando, wie ein Bruder gewesen.

Seinen Augenblick durchdrang noch ein anderer Gedanke sein Gesicht; es gibt Güte, die, vorübergehend, eine Art Wohlstand hervorruft, das Gedächtnis ruhen, den ganzen Menschen verändert. Wie, wenn die gleichen Freunde, die ihn damals in das Kellerwerk herunter geholt hatten, sich auch an Grace gewandt hätten? Aber nein, das war ausgeschlossen; er hätte keine Frage gestellt.

Ich möchte jeden Skandal vermeiden; es würde mir ausreichen, könnte ich hin. Gehe Sie, lieber Robert, Sie ja nicht wollen, daß gehen die Hochzeit war — mein Godezeit, und Harndenachte mit zusammengebrochenen Jahren.

In der Nähe des Hauses ließ Samuel Kapfenstein Harnden klief in Automobil und wartete. Die Minuten liefen endlos, er vermaßte kaum still zu sitzen, ihm war, als er aufstünde, ins Haus eilen, selbst erfahren, ob Grace dort sei.

Der alte Hausierer kam zurück, nein, Grace befand sich in ihrem Haus, die Dienstboten hatten ihm gezeigt, sie sei im hergegangenen Tag, gleich nach der Trauung auf dem Wege, mit Herrn Wood nach dem Jagdhaus gefahren.

„Vielleicht ist sie in unserem Stadthaus,“ sagte Herr Wood, „und dort kann ich natürlich nicht selbst nachfragen.“

„Aber, ich werde es tun, aber halten sie ein paar Minuten entfernt an, in dieser Gegend kommt man ihr zu genau.“

Die Nachfrage im Stadthaus der Woods zeigte das Ergebnis; auch hier wußte man nur, daß Herr und Frau nach dem Jagdhaus gefahren waren.

Harnden war der Verzweiflung nahe; wie konnte er die Willenshaft ohne den geringsten Anhaltspunkt finden?

„Wir müssen demnach die Polizei benachrichtigen.“

„Telephonieren Sie vorher noch ins Jagdhaus,“ rief Samuel Kapfenstein. „Vielleicht hat sich irgendwo dort ein eignes, das uns auf eine Spur bringt.“

Sie hielten das Automobil an und betreten ein Restaurant.

„Ich kann nicht telephonieren,“ sprach Harnden, „ich muß auf einen Sejel,“ „Wir ähneln alle Glieder, ich am Telefon zusammen.“

Der alte Hausierer verfügte sich in die Telefonglocke, wenige Minuten kam er fröhlichen Gesichts zurück, „An.“ „Suchte Harnden mit verzögernder Stimme.“

„Sie ist dort!“

„Ist dies auch bestimmt wahr?“

„Ja.“ „Ich fragte am Telefon nach Ihnen und erhielt Antwort. Sie seien in aller Frühe nach der Stadt zu Frau Wood jedoch sei dabei. Um meiner Sache ganz zu sein, ließ ich Ihre Frau am Telefon bitten.“

(Fortsetzung)

# Neue Exzesse der Klassenjustiz.

## Ein Racheurteil

### für aufrechte republikanische Haltung.

Die Geschichte der Thüringischen Reichspräsidentenwahl ist seit Freitags um eine Unbegreiflichkeit reicher. Das Schöffengericht in Weimar hat am Freitag den Regierungsrat im Wartebüro und Stadtgemeindevorsteher Hermann Worch aus dem Amt wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt zu einer Zuchthausstrafe von einem Jahr und zur Tragung der Kosten verurteilt. Dem Prozeß liegen zugrunde die Vorgänge an der thüringischen Grenze im November 1923. In Proßkulla war der Weimarer thüringische Student, die sich den in Bayern bezugnehmenden irregulären Verbänden anschließen wollten. Worch, der damals Leiter des Landesstrafamts war, nahm eine Unrechtmäßigkeit vorzunehmen, wobei ungewöhnliche Beweismittel in Bayern beabsichtigten Hoch- und Landgerichte gefunden wurden. Aus der Annahme der Unrechtmäßigkeit folgten, über Hundert an der Zahl, beschuldigte zwei Studenten, daß Worch, als sie auf seine Aussage nach dem Charakter der bei ihnen befindlichen Papiere eine Auskunft geben wollten, mit einem Gummihüpfel im Gesicht herangejagt und dabei geküßt habe. Wir werden das Urteil herangezogen zum Reden bringen. Diese beiden Aussagen sind die Aussagen von vier an den Vernehmungen beteiligten Polizeibeamten gegenüber. Trotz der amtlich gemachten Objektivität des Gerichts und der Anklagebehörde, machte sich bei der Bewertung der Zeugenaussagen ein voreingenommenes Rechtsverständnis geltend, das das genannte Urteil zur Folge hatte.

Aus der Vorgeschichte dieses Prozesses ist besonders auffällig, daß der berühmte Thüringer Reichswehrgeneral Hoffmann im Verfahren gegen den Willen der zuständigen Justizbehörde erzwungen hat. Der General hatte die vorläufige Festsetzung unseres Genossen als Gemeindevorsteher durch ein persönliches Schreiben mit schweren Anklagen erreicht.

Die Nachprüfung durch den Staatsanwalt veranlaßte diesen aber zur Einstellung des Verfahrens! Erst ein Eingreifen des rechtsstehenden thüringischen Innenministers brachte denselben Staatsanwalt nach einem Jahr zu dieser Anklageerhebung gegen den aufrechten und zweifellos nicht strafwürdigen Gegner des auch sonst so verhängnisvoll gewordenen Reichswehrterrors in Thüringen. Jetzt ist es den Militärs also gelungen, den aufrechten Mann zur Strecke zu bringen. Sie können aber sicher sein, daß sich die deutsche Öffentlichkeit mit diesem Racheurteil nicht zufrieden geben wird.

## „Ein Frontbann“-Mann, der einen Reichsbanner-Kameraden erschößt, freigesprochen!

Gleichzeitig macht ein mecklenburgisches Gericht von sich reden, weil es in einem politischen Prozeß in einer Art und Weise Recht sprach, die allgemeine Empörung auslösen muß. Vor dem Schwurgericht in Rostock hatte sich ein Angehöriger des „Frontbann“-„Frontbannes“ zu verantworten, der im September des vorigen Jahres des Reichsbanners, Wölfer, bei einem Zusammenstoß zwischen Frontbannern und Reichsbannerleuten durch einen Revolverhieb getötet hatte. Durch Zeugenaussagen wurde festgestellt, daß der Geschlossene in den Streit mit dem befreundeten Frontbannhelfer lediglich einschüchtern wollte. Außerdem ergab die Beweisaufnahme, daß die Mitglieder des Reichsbanners keinerlei Waffen, nicht einmal Stöcke, bei sich hatten. Obwohl der Revolverhieb dem Herrn des Staatsanwalts recht nahe stand, mußte dieser jedoch bei Aburteilung mit Rücksicht auf die Umstände wegen Verjährung eine Strafe von einem Jahr sechs Monaten Gefängnis beantragen. Das mecklenburgische Gericht aber brachte es fertig, den Angeklagten freizusprechen. Der Geschädigte ist ja nur ein Reichsbannermann und Republikaner, dessen Leben in den Augen mecklenburgischer Richter nichts gilt. Der Revolverhieb ist ein Frontbannmann, der in hohen Ehren steht.

## Streifemann zwischen Mussolini und Hilferding.

### Er droht mit dem Völkerbund!

Bei Beginn der Sitzung leitete Präsident Böbe mit, daß an Stelle des verstorbenen Abg. Lauffötter (Soz.) der Abgeordnete Geppow in den Reichstag eingetreten sei. Der Reichspräsident ruft die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Strafrechtliche Verurteilung des Reichsbannerführers Hilferding (Soz.), der wegen Verstoßes gegen die Reichsverfassung verurteilt wurde. Der Reichspräsident ruft die Aufmerksamkeit der Versammlung auf die Strafrechtliche Verurteilung des Reichsbannerführers Hilferding (Soz.), der wegen Verstoßes gegen die Reichsverfassung verurteilt wurde.

In der fortgesetzten ersten Beratung des Handelsabkommens mit Italien spricht zunächst

### Reichsaussenminister Dr. Stresemann.

Er glaubt, sein Bedauern über den vom Genossen Hilferding gegen das Gesamtregiment in Italien erhobenen Protest auszusprechen zu müssen. Ebenso wie Deutschland sich verhalte, wenn sich das Ausland in unsere inneren Angelegenheiten einmische, hüthen wir es Italien gegenüber tun. Soweit es sich um die Bekämpfung der deutschen Widerheit in Italien handle, werde sich im Völkerbund Gelegenheit bieten, diese Frage zu erörtern. Der Vortrag ist im weitestgehenden Einklang mit den Beschlüssen der italienischen und deutschen Regierung zustande gekommen. (Lebhaftes Zurufen.) Der Reichspräsident dankt dem Reichsaussenminister für seine Rede.

Die Abg. Graf Reventlow (Wölk.) und Stöcker (Komm.) sprechen sich den Protesten gegen die Vergewaltigung der deutschen Widerheit in Italien an. Der kommunistische Redner polemisiert dann ausführlich gegen die Sozialdemokratie. Das alles ist dabei allerdings fast leer, selbst bei den Kommunisten hatten es nur vier bis sechs Mann für notwendig, ihren Redner zu unterstützen.

Der Gegenwärtige wird darauf dem Handelspolitischen Ausschuss übergeben, ebenso ohne Aussprache die Zollabkommen mit der Schweiz und Desterreich.

Bei der ersten und zweiten Beratung des Entwurfs eines Gesetzes über die weitere vorläufige Regelung des Reichshaushalts für 1925 erklärt Abg. Stöcker (Komm.), seine Fraktion lehne die Vorlage ab, weil man ja noch nicht wisse, wie nach dem angekündigten Rücktritt des Kabinetts Luther die neue Regierung aussehen werde.

Abg. Dr. Koch (Dem.) bezieht diese Vorlage als einen wichtigen Akt, die Regierung verneine damit das Budgetrecht des Reichstags.

### Abg. Dr. Herx (Soz.)

berührt einen sozialdemokratischen Antrag, wonach der Reichstag bis zum 31. Dezember verlagert werden solle. Es ist dringend erforderlich, die Finanzverhältnisse des Reiches

endlich in Ordnung zu bringen, die Regierung müsse verpflichtet werden, im Dezember einen ordnungsgemäßen Etat vorzulegen.

Der sozialdemokratische Antrag wird darauf angenommen.

Darauf ist die Tagesordnung erledigt. Präsident Böbe beräumt die nächste Sitzung auf Montag an. Tagesordnung: Die Beratung des Gesetzentwurfs über die Verträge von Locarno.

## Aufhebung der akademischen Vernunftfreiheit in Bayern!

München, 21. November. (Eigener Drahtbericht.) Das bayrische Kultusministerium hat sich einen neuen reaktionären Streich geleistet, der wohl ohne Beispiel in der Geschichte der deutschen Universitäten dasteht. Einem Studenten, der in Berlin und Frankfurt a. M. studiert und dort bestehenden kommunistischen Studentengruppen beizugehört hat, wurde auf sein Ansuchen um Immatrikulation an der Münchener Universität am Sonnabend eröffnet, daß seinem Ansuchen nicht entsprochen werde und er überhaupt vom Besuch jeder bayrischen Hochschule ausgeschlossen sei. In der Begründung wurde angeführt, daß er Mitglied einer Partei sei, die in ihren Satzungen den Umsturz des Staates als Programm enthält. Der betreffende Student ist preussischer Staatsangehöriger; eine katastrophale Handlung irgend welcher Art hat er nie begangen.

Unserer Meinung nach verleiht diese Maßnahme die in der Reichsverfassung garantierte Gleichberechtigung aller Deutschen; der Reichsinnenminister wird sie daher nicht durchsetzen können dürfen.

## Um die Abfindung der Hohenzollern.

Die demokratische Fraktion hat im Preussischen Landtag einen Antrag eingebracht, der die Staatsregierung ersucht, die Reichsregierung zu veranlassen, unverzüglich ein Reichsgesetz auszuarbeiten, nach dem die Abfindung der ehemaligen Könige durch den Reichstag durch Landesgesetz zu regeln ist mit der Maßgabe, daß der in Reichsmark festzusetzende Abfindungswert nicht in höherem Prozentsatz zu erlösen ist, als der Vorschlag von Staatsanleihen nach dem Anleihebeschluß genehmigt wird.

Einreiseerlaubnis für Deutsche nach Indien. Die indische Regierung, die nach dem Kriege deutschen Staatsangehörigen die Einreise auf fünf Jahre gesperrt und diese Politik bis jetzt unverändert aufrechterhalten hat, beschloß nunmehr, dem Beispiel Großbritanniens zu folgen, und die Einreise Deutscher nach Indien genau so zu behandeln, wie die anderer Ausländer.

## Wiedertehr der Weimarer Koalition in Baden!

Aus Karlsruhe wird uns geschrieben:

Regierungsbildungen scheinen im Reich wie in den Ländern das gleiche Schicksal zu haben: sie dauern ziemlich lange! Am 23. Oktober haben die badischen Landtagswahlen stattgefunden, am 25. November wird voraussichtlich die neue Regierung gewählt! Einen vollen Monat hat also die alte Regierung amtiert müssen, und es dauerte fast drei Wochen, ehe die Verhandlungen zwischen den beteiligten Parteien in Gang kamen, wozu auch — nebenbei bemerkt — der Casseler Parteitag des Zentrums etwas beitrug. Die parteiliche Situation war nach der Wahl wegen der geringen Beteiligung keineswegs klar. Das Zentrum übertrug mit seinen am 25. Oktober erzwungenen 28 Mandaten alle übrigen Parteien, die Sozialdemokratie als nächste bisherige Koalitionspartei verfügt über 16 Sitze, die Demokraten nur über sechs Mandate. Da der neue Landtag 72 Abgeordnete aufweist, war nun zwar die Weimarer Koalition das Gebotene, aber es meldete sich als neue Regierungspartei die — Deutsche Volkspartei! Ihr, der ehemaligen Nationalliberalen Partei, schloß sich in Baden bei jeder Wahl der letzten Monate und Jahre der politische Kampf; sie nimmt immer etwas an Stimmen zu. Bei der Oktoberwahl 1925 trug ihre Mandatszahl von 5 auf 7, also wollte sie in die badische Regierung!

Die Sozialdemokratie hatte natürlich alle Veranlassung, das zu verhindern. Das Zentrum war zunächst geneigt, die Deutsche Volkspartei in die Regierung aufzunehmen, damit, wie ihr Führer Dr. Schöfer sich ausließ, auch der protestantische Teil der badischen Bevölkerung (Baden ist zu drei Fünfteln katholisch) an den Regierungsgeschäften Anteil nehmen könne. Die Deutschnationalen, die sich jetzt Bürgerliche Vereinigung nennen, schieben für die Regierungsbildung von vornherein aus, selbstverständlich ebenso die Kommunisten! Also rühte die Große Koalition in den Vorbergründ und der politischen Diskussion. Der Landesauschuß der Sozialdemokratischen Partei lehnte sie in einer besonderen Konferenz mit Zweidrittelmehrheit ab; der andere Teil der Genossen war, um die politische Mitarbeit der Sozialdemokratie unter allen Umständen zu sichern, wenn es gar nicht anders ginge, bereit, die große Koalition anzunehmen. Natürlich war allen Genossen das politische Entgegenkommen der Weimarer Koalition, die ja auch über 50 Stimmen (Zentrum 28, Sozialdemokratie 16 und Demokratie 6 Stimmen) von 72, also über die große Mehrheit, im neuen Landtag verfügt.

Die badischen Sitzesamner, ein Staatsanwalt, ein Oberstaatsanwalt a. D., ein Oberbürgermeister, ein Bauernrat usw., alles sehr selbstbewusste und strebsame Leute, verteilten inzwischen bereits die Ministerien und schrieben sich als die zukünftigen Herrscher in Baden. Vor der Wahl hatten sie geschrieben, den Sozialdemokraten müsse das Innenministerium genommen werden und kurz nach dem Hindenburgbesuch in Karlsruhe, der am 12. dieses Monats stattfand, sprachen sie in einer Entschließung dem Innenminister, Genossen Kemmele, das höchste Mißfallen über das Verbot, beim Hindenburgbesuch Schwarzweißroie flaggen zu führen, aus. Mit solchen gehässigen Politikern und schlichten Taktikern sollte man eine Regierung bilden? Nein! Diese Ansicht wurde schließlich Gemeingut der drei bisherigen Koalitionsparteien. Das Zentrum ließ seinen Plan fallen und gab der Deutschen Volkspartei den politischen Laupfad. Damit war die Bahn für die Weimarer Koalition wieder frei und die Regierungsbildung war möglich! Die Sozialdemokratie behält das Innenministerium, an dessen Spitze schon seit dem 1. April 1919 Genosse Kemmele steht, ebenso seinen Staatsrat in dem Genossen Karum, der seit der Novemberumwälzung 1918 Regierungsmittglied ist. Von den drei anderen Ministerien beansprucht das Zentrum (wie bisher) zwei, die Demokraten erhalten ein Ministerium; weitere Vereinbarungen bleiben vorbehalten. Es wurde so verhindert, daß aus Baden ein Bannern wird. Die weidewische Götze bleibt auch für die Zukunft ein Stützpunkt der demokratischen Republik.

Sechste künftige Stellung. Unter den Entwurfsarbeiten der Entente befand sich auch die der Befestigung der bisherigen Stellung des Chefs der Heeresleitung, dem bisher die 7 Truppenkommandos der Reichswehr persönlich unterstellt waren. Aus dem Weisbuch, das die Reichsregierung am Sonnabend dem Reichstag zugehen hat, ergibt sich, daß am 14. November die Vereinbarung mit dem Generalstabschef der Reichswehrunterstützung getroffen worden ist, wonach die deutsche Reichsregierung über die künftige Stellung des Chefs der Heeresleitung folgende Beschlüsse erlassen hat: „Der Chef der Heeresleitung behält dem Reichswahlministerium an. Seine Stellung wird bestimmt durch § 8 des Reichsgesetzes nach Maßgabe der Vorschriften des obenerwähnten Artikels II. Er ist der militärische Berater des Reichswahlministers und kein Vertreter in militärischen Angelegenheiten des Reiches.“ Das bedeutet praktisch keine Veränderung.

## Werbt ständig für unsere Zeitung!

band erworben, in dem sich eine große Anzahl von Stichen, Holzschnitten und Lithographien des Meisters finden. Die Blätter sind in 1. Umfa, so die aus seiner Jugendzeit, unter denen die Titel: „Sonnentag zu Opern Rossinis und zu Tausend und einer Nacht“ heranzuziehen. Außerdem ist die graphische Sammlung durch bedeutende Zeichnungen von Cornelius und Schnorr von Carolsfeld bereichert worden.

### Eine ungarische Bauernhochzeit.

In Rajababfalva, im Baranyaer Komitat, hat dieser Tage die Trauung des Josef Weber mit der Maria Komroz stattgefunden. Der Brautvater ist der reichste Mann der Gemeinde und seiner Wohlhabenheit entsprechend war die Aufmachung der Trauungsfeste. Bei der Trauungszeremonie wirkten drei Priester mit. In dem Maße nahmen siebenhundert geladene Gäste teil, die einen sechs Zentner schweren Ochsen, drei Kühe, neun gemästete Schweine, zweihundert Stück Geflügel, zweihundert dreißig große Bröte und eine Unmenge von süßem Backwerk verzehrten. Dazu wurden „offiziell“ fünfzig Hektoliter Wein getrunken. Der Hochzeitsjubiläum dauerte drei Tage.

### Der verlorene Marschallstab des Herrn Diktators.

Wie das spanische Blatt „El Liberal“ aus Ceuta zu melden weiß, ist dem General Primo de Rivera kürzlich eine recht unangenehme Geschichte passiert. Als er sich nach Madrid einschiffte, entging seiner Hand der Marschallstab, den er immer trägt, und fiel ins Meer. Alle Versuche, das Symbol seiner Kommandogewalt wieder aufzufinden, blieben erfolglos. Unter den spanischen Truppen, die außerordentlich überglücklich sind, hat der Zwischenfall einen peinlichen Eindruck hervorgerufen.

### Die Zahl des roten Blutkörperchen.

Genau Angaben über die Menge der roten Blutkörperchen beim gefundenen erwachsenen Menschen werden nach den neuesten Feststellungen von Albert Weiskopf in der „Umschau“ gemacht. Danach kommen bei Männern 5½ bis 6 Millionen Stück. Der Hämoglobingehalt schwankt bei Männern zwischen 80—87 Prozent, bei Frauen zwischen 70—85 Prozent. Die Zahlen der roten Blutkörperchen in Antinörtenblut ergeben Werte zwischen 450 000 und 870 000 im Kubikzentimeter. Zwischen der Zahl der Blutkörperchen und der roten Blutkörperchen besteht ein direktes Abhängigkeitsverhältnis.

## Aus aller Welt.

### Räthliche Schickerei mit blutigem Ausgang.

In der Radfahrlage Schwabe bei Berlin an der Gölitzer Bahn wurde ein Radfahrer von zwei angegriffenen Inoffizieren eines Kavallerieregiments vom Sattel gestoßen und mißhandelt. Als der Radfahrer, der dem Führer des Regiments folgte, die Namen der Inoffizieren des Führers durch Gendarmen feststellen lassen wollte, kam es zwischen den Polizeibeamten und den beiden Radfahrern zu einer Schickerei, in deren Verlauf der fünfjährige Sohn eines der Radfahrer, der sich gleichfalls auf dem Wagen befand, durch einen Kopfschuß getötet wurde. Es gelang schließlich den Gendarmen und Passanten, die angegriffenen Inoffizieren zu überwältigen und zu fesseln. Der Vater, der an der Spitze der Leiche seines Kindes nicht die geringste Bewegung zeigte, wurde von der erzürnten Volksmenge fast geküßt.

### Eine Frauenliste und ihr Schicksal.

Aus Frankfurt wird geschrieben: In der Landgemeinde Hoppstädten hatte bei der Wahl am 25. Oktober eine Frauenliste zwei Drittel der Gemeinderatsliste erobert und durch ganz Deutschland, ja bis in die ausländische Presse hinein, den Ruf des vermeintlich so fortschrittlich kühnen Dertigens. Inzwischen aber haben die sämtlichen sechs Gemeinderätinnen ihr Amt wieder niedergelegt mit der einmütigen Erklärung, daß sie außerhalb seien, den Posten ordnungsgemäß zu verwalten. So ist nun die Neuwahl der ganzen Gemeinderatsverwaltung angeordnet worden.

Hoppstädten mit Station Hermbach und Neubrück ist eine landesweit sehr gemischte und heimlich fast gegliederte Gemeinde und bei der Wahlvorbereitung im Oktober waren die einzelnen Interessentengruppen und bis zu einem gewissen Grade auch die Parteien und Konfessionen ziemlich stark auseinander gerissen. Während man sich nun in erster Stunde in einem Gesprächsankle des Ortes in kürzlicher Sitzung um die Aufstellung eines Wahlvorstandes mühte, laßen sich einige der energiegeladesten in einem anderen Raum des Hauses zu verschiedenen Zeit zusammen und stellten eine Wahlliste auf, die nur Frauennamen enthielt. Die Sache war als Scherz gedacht, von einem als harmlos, von den anderen als ein etwas besessener Scherz. In einem besonderen Erfolg der Frauenliste hätte niemand geglaubt. Der Wahltag brachte jedoch eine auffallend starke Be-

teiligung. Alle, denen die Männerliste nicht zusagte — und ihrer waren viele —, setzten sich nun aus Opposition für die Frauenliste ein, mit dem Ergebnis, daß sie sechs Frauen durchbrachten, während von der die Männernamen enthaltenden Liste nur drei durchkamen. Die Ueberraschung war natürlich groß und wie sich nun zeigt, am peinlichsten für die neuen Gemeinderätinnen. Jedenfalls kann man heute sagen, daß mit den Gedanken der Frauenbewegung und mit Politisierung der Frau dieses Hoppstädter Experiment nicht das Mindeste zu tun gehabt hat.

### Stefan Jeromski gestorben.

Der bedeutendste gegenwärtige polnische Dichter Stefan Jeromski ist plötzlich im Alter von 61 Jahren an Herzschlag gestorben. Die Nation hat ihm aus Dankbarkeit eine Wohnung im Warschauer Königschloß eingeräumt, wo er jedoch lange herkrank darniederlag. Seine Werke, wie „Wandlung“, „Licht“ und „Seewind“ gehören zu den vorzüglichsten in Polen. In wüthender Zeit war er ein offener Kämpfer für die Freiheit Polens. Er war wie Polakowski Sozialist und gehörte auch den Polakowski-Regimenten an.

Sein letztes Werk brachte über wieder scharfe soziale Kritik am heutigen Polen. Den Dank dafür erntet der tote. Eine Deputation der angesehensten Schriftsteller begab sich zum nationalpolitischen Ausschuss des Reichstags und bat um ein staatliches Begräbnis. Stanislaus Grabski erwiderte, daß hiervon bei dem Reichsminister und Schriftsteller, der die Jugend verzerre, nicht die Rede sein könne; höchstens werde der Staat die Kosten der Beerdigungsfirma bezahlen. Diese Antwort, die ganz den reaktionären Sinn Stanislaus Grabskis zeigt, erregte große Entrüstung. Ministerpräsident Grabski versprach darauf, die Angelegenheit in die Hand zu nehmen.

### Neues von Schwind in den Münchener Anzeigen.

Unter den Neuerwerbungen, die die kaiserlichen Staatsanwaltschaften gemacht haben, befinden sich hervorragende Arbeiten von Schwind. Dabei ist an erster Stelle ein Julius von 14 Jahren zu nennen; es sind die Entwürfe zu den Spürdarstellungen in der Wiener Hofoper. Auch die reizvollen Studien zu einem Musikinstrument, die als Gegenstück zu der bekannten „Composante“ gedacht waren, wurden später für die Arbeiten an der Wiener Oper verwendet. Sodann wurde ein von Schwind selbst angelegter Arbe-



## Heute Abend Distriktversammlungen.

- Distrikt 1: Scholz, Schillerstraße 23.
- 2: Reichs Gaststätte, Viktoriastraße, Ecke Rebdigerstraße.
- 3: Kauter, Lewaldstraße 27.
- 4: Köpfl, Zuffenstraße 13.
- 5: Dreißler, Siebenbürgen Straße 16.
- 6: Glaser, Bergstraße 22.
- 7: Ritz, Berliner Straße 52.
- 8: Rulch, Glogauer Straße 2.
- 9: Bräuer, Popelwitzstraße 36.
- 10: Weiberfränke, Leuthenstraße 34.
- 11: Kipke-Duelle, Hildebrandstraße 9.
- 12: Weib, Friedrich-Karlstraße 26.
- 13: Naglerheim, Schulzenstraße 72.
- 14: Graß, Weidenstraße 27.
- 15: Heinrich, Ackerstraße 39.
- 16: Rüdiger, Augustan, Reichenhainerstr. 39.
- 17: Weib, Weib, Schwäger Straße 2.
- 18: Weib, Augustan, Reichenhainerstr. 146.
- 19: Krause, Neuenweg 42.
- 20: Wolf-Augustan, Weidenburgerstraße.
- 21: Klenner, Kreuzstraße 44.

- Distrikt 22: Sträßberg, Mathiasstraße 175.
- 23: Roslowitz, Weidstraße 23.
- 24: Schmiedefeldt, Schmiedefeldtstraße 16.
- 25: Kammer, Brigittenal 16.
- 26: Görlisch, Köpflstraße 13.
- 27: Zeufel, Döner Straße 2.
- 28: Gewerkschaftshaus.
- 29: Gewerkschaftshaus - Restaurant.
- 30: Hartmann, Lehmannstraße 50.
- 31: Langner, Auguststraße 196.
- 32: Kies, Kauterstraße 99.
- 33: Parac, Arbeiterjugend, Teichhäuser.
- 34: Weber, Heiligengeiststraße.
- 35: Naglerheim, Gräblichener Straße 153.
- 36: Hübner, Gräblichener Straße, Ecke Menschenstraße.
- 37: Marzin, Sonnenstraße.
- 38: Kasse, Gräblichener Straße 123.
- 39: Kasse, Gräblichener Straße 123.
- 40: Kasse, Gräblichener Straße 123.
- 41: Kasse, Gräblichener Straße 123.
- 42: Wittke, Hammer Weg.

Distrikt 3. Andere Distriktversammlungen findet erst morgen, Dienstag, statt.

### Breslauer Nachrichten.

Breslau, 23. November.

#### Der Kampf um die Eingemeindung.

In Breslau sind umfängliche Eingemeindungen zu einer Lebensnotwendigkeit geworden. In dieser Zeit unterliegt uns auch ganz besonders, was in deren Gegenden Deutschlands auf dem gleichen Gebiete vorliegt. In der letzten Zeit der Weimarer Republik über die Neuordnung der kommunalen Grenzen im rheinisch-westfälischen Industriebezirk den preussischen Staatsrat. Der Gemeindevorstand des Staatsrats hat sich in mehreren Sitzungen eingehend über den Gegenstand orientiert. Der dem Gemeindevorstand überreichte Bericht des Dr. Steiniger empfiehlt zur Annahme einer Resolution, die im Kernpunkt auf die Lösung der Regierungsfrage hinausläuft. Das Hauptargument dieser Resolution ist die Behauptung, daß die Neuordnung der Gemeindegrenzen schädlich sei, weil die Gemeindegrenzen zu vergrößern, die die härtere Heranziehung der kommunalen Selbstverwaltung sich in eine unangenehme Vorherrschaft der Arbeiterkraft verändere.

Die Gegner einer Verwaltungsreform erhalten eine kräftige Unterstützung durch einen Teil der „Germania“, in dem von dem Wahn der Eingemeindung im Zukunftsbild gezeichnet wird. Aber dem inneren Gehalt nach gegen die Tendenz zur Großstadtentwicklung angelehnt. Der Gedanke, das ganze Industriegebiet zu einer einzigen Großstadtkommune umzuwandeln, wird als „schwarzer Plan“ bezeichnet und es wird mit Händen gebührt, daß das preussische Staatsministerium diesen Plan als utopisch abgelehnt habe. Die preussische Regierung hat nun allerdings eine so unbedingte Festhaltung dieser Gedanken an der Begründung ihrer Vorlage keineswegs zum Ausdruck gebracht. Man kann ebensogut aus dem Wortlaut dieser Begründung die Schlussfolgerung ziehen, daß die preussische Regierung die Zeit für eine solche radikale Lösung noch nicht für gekommen hält und daß ihre jetzigen Vorherrschaft von ihr selbst als Übergangsmaßnahme empfunden werden.

Um so entscheidender muß der Gedankengang entgegenzusetzen werden die von der „Germania“ in einem zwar geistreichen, aber doch in parteiisüchtigen Stil zum Vorschein gekommen werden. Da wird in rührend sentimentaler Weise das Dorf der Großstadt gegenübergestellt, da wird die unzulängliche Organisation des kleinen Dorfes dem großen technischen Apparat der Großstadt als das vorbildlichere und als das sozialer entgegenzusetzen. Die Entwicklung zur Großstadt in diesen Industriegebieten wird als eine natürliche, mechanische bezeichnet, die man unter keinen Umständen gewaltsam fördern dürfe. Diese Argumentation der Sentimentalität und des Appells an Gefühle ist allerdings, als man annehmen sollte. Der Widerstand gegen die Eingemeindungsbestrebungen der Großstädte wird von allen möglichen Stellen systematisch gefördert. Überallhin wird nicht immer wieder festgestellt, daß die Triebkraft dieses Widerstandes die Abneigung gegen den steigenden kommunalpolitischen Einfluß der Arbeiterkraft ist. Durch die Aufrechterhaltung der kommunalen Zerstückelung hofft man den Einfluß der Arbeiterkraft da, wo er nicht zu umgehen ist, auf kleine, nicht leistungsfähige Zwerggemeinden beschränken zu können. Der bisherige Großstädte, die eine starke Eigenentwicklung annehmen, glaubt man nach wie vor höher zu sein. Diese Auffassungen sind nicht nur politisch reaktionär, sie widersprechen der gesamten verwaltungsmäßigen und wirtschaftlichen Entwicklung. Mit Recht hat der Deutsche Städtebund immer wieder darauf hingewiesen, daß nur die Schaffung wirklich leistungsfähiger Selbstverwaltungsglieder und die Herstellung größerer kommunaler Einheiten Gewähr dafür bietet, daß die von der Wirtschaft und Wirtschaftsentwicklung gestellten Aufgaben auch wirklich richtig mit Initiative und nach einheitlichen Gesichtspunkten gelöst werden. Es kommt hinzu, daß der Zwang zur Sparlichkeit und zur Vereinfachung der Verwaltung auf die Dauer stärker sein wird als alle sentimentalen Träumereien und Erinnungen an Verhältnisse, die nicht wiederkehren werden und nicht wiederkehren können.

Im vorliegenden Falle, bei dem Kampf um die Eingemeindungen im Ruhrgebiet, ist zudem die Industrie, die bei dem Charakter dieses Gebietes von den gemeindlichen Steuerlasten sehr stark betroffen wird, unter allen Umständen daran interessiert, daß der Reichsbund und Leistungsunfähigkeit ein Ende gemacht wird. Die Arbeiterkraft hat das größte Interesse daran, jeden Schritt zu unterstützen, der in dieser Richtung geht. Die Verwirklichung des Verwaltungsapparats kommt ihr am meisten zu Gute, wie der Industrie selbst. Die größere Leistungsfähigkeit der Gemeindevorstände ist für sie eine kulturelle Lebensfrage. Von den Leistungen der Gemeindevorstände wird das Leben der Arbeiterkraft in so entscheidendem Maße beeinflusst, daß sie mit allen Mitteln moderne fortschrittliche Lösungen dieser Verwaltungsprobleme unterstützen muß. Unter dem Druck dieser Faktoren werden auch die reaktionären Kräfte im Zentrum und in großen Teilen der Rechtsparteien gezwungen sein, ihren Widerstand gegen die Entwicklung aufzugeben.

#### Toten-Gedächtnisfeier des Reichsbundes der Kriegsbeschädigten.

Eine Weichhülle tiefgefühltesten Erlebens bot die Gedächtnisfeier, die gestern der Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerinterbellenden für die im Weltkrieg gefallenen Kameraden veranstaltete. Der große Saal des Gewerkschaftshauses war bis auf den letzten Platz besetzt. Die Bühne trug grünen, erhellenden Baum- und Blumen Schmuck. In sinnvoll dekorativer Art nahmen die Fahnenstellungen des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold mit ihren schwarz umflochtenen Bannern vor der Bühne Aufstellung. Ein Harmonium-Bräunium leitete die stimmungsvolle Veranstaltung ein. Stehend wurde das Lied vom guten Kameraden gesungen, während sich die schwarz-rot-goldenen Fahnen senkten. Dann betrat Schauspieler Arnfeld das Podium, um in tief-

#### Der Wahlkampf kostet sehr viel Geld.

Den bürgerlichen Parteien blühen sich mühselos die Geldschränke des Reiches. Sollen wir unterliegen, weil wir arm sind! Nein! Das darf nicht sein. Darum trage jeder sein Ehrenkleid zum Wahlkampf der Sozialdemokratischen Partei bei. Benutzt jede Gelegenheit, sei es bei Versammlungen, bei Festlichkeiten oder in Briefchen, für den Wahlkampf der Partei zu sammeln. Sammelstellen können noch vom Bezirks-ParteiSekretariat, Breslau, Wargartenstraße 17, Zimmer 36, angefordert werden. Ebenso können Zahlungen auf des Reichscheckkonto Nr. 311 58, Robert Herrmann, Breslau 1, erfolgen.

#### Parteiengenossen, Arbeiter, Angestellte, Beamte, laßt diesen Mahnruf nicht ungehört verhallen. Tue jeder, was in seinen Kräften steht.

Die letzte Woche des Wahlkampfes hat begonnen. In diesen Tagen ist noch mit allerlei Angriffen der Gegner, die um ihren Einfluß bangen, zu rechnen. Parteiengenossen, Parteigenossen! Richt jede Stunde zur Aufklärung der Wählerschaft aus. Jedem muß gesagt werden, daß die Ursache von Not und Elend der Gegenwart, die demokratische Steuer- und Wirtshauspolitik der letzten Monate ist. In allen Wohnhäusern, überall in den Betrieben, auf der Eisenbahn und wo man sonst mit Menschen zusammen kommt, mache man auf die hohe Bedeutung der Wahlen am 28. November aufmerksam. Überall müssen sich die Parteiengenossen und Genossen, jung wie alt, zur Flugblattverbreitung, wie zur ununterbrochenen Werbetätigkeit für die Partei zur Verfügung stellen.

#### Auf, an die Arbeit. Diese Woche gehört jeder Tag und jede Stunde der Arbeit zur Vorbereitung unserer Erfolge.

#### ergreifenden Worten den Toten eine Hymne zu widmen. Kamerad Peikert hielt die Gedächtnisrede.

Es war die Trauer der Sozialdemokratie 1914, daß sie es nicht verhindern konnte, daß Menschen, die einander persönlich nicht das geringste Böse zugefügt hatten, sich gegenseitig mordeten und zerstückelten mußten. Die Toten mahnen uns, alle unsere Kräfte dem einen Ziel zu widmen: „Nie wieder Krieg!“ Der Sozialismus, an dem unser verstorbenen Reichspräsident Friedrich Ebert bei Gründung der Weimarer Nationalversammlung lagte, daß er nur Ordnung, nur Solidarität, keine Eigenmächtigkeit und kein Egoismus sei, dieser Sozialismus kann allein der Welt den Frieden bringen. Trotz der entsetzlichen Schrecken des Weltkrieges, trotz der Tausende von bis zur Unkenntlichkeit verbluteten Kriegsvögeln, die man noch heute in den Lazaretten verborsten hält, gibt es noch Menschen, die Tag für Tag einen neuen Krieg herbeiführen, ja, die das gescheiterte Zerstückeln der menschlichen Brüder als etwas Heiliges darstellen. Solche teuflischen Wünsche bedeuten eine Verhöhnung unserer Toten. Ihren Trägern wäre aber zu empfehlen, einmal eine Parade der im Weltkrieg Gefallenen an ihrem geistigen Auge vorbeizuführen zu lassen. 11 Millionen Tote lastete der vierjährige Völkermord, 1500 Tote stieben täglich vor der deutschen Front. Wenn die Toten, immer zu 20 gereiht, an uns ununterbrochen vorüberziehen würden, dann bräuchten die Toten der Deutschen und der mit ihnen Verbündeten 1 1/2 Monate, die der Welt 24 Monate Zeit dazu. Die 200 Mann starke deutsche Kompanie, die 1924 in einer Höhle des „Toten Mannes“ als Opfer der Gase aufgefunden wurde, ist noch lange nicht das letzte Wahrzeichen des grauenigen Krieges. Das Volk aber muß dafür sorgen, daß Leute vom Schlage jenes Mittmeisters Viktor aus Neudorf bei Rimpfisch, der das Niederlegen eines Kranzes mit der Inschrift: „Nie wieder Krieg!“ verbietet und dabei erklärte: „Fürs Vaterland zu sterben war mancher zu gut, aber auch mancher zu schlecht“, ihre lächerlichsten Jungen zügelnd und mit ihren Haß- und Schreien allein bleiben.

Die zu Herzen gehenden Worte des Kameraden Peikert hatten nicht nur den weiblischen Zuhörern Tränen der Rührung entlockt. Und der Geist der ehrwürdigen Toten hielt gleichsam Einkehr und Zwiegespräch mit den Lebenden, als Schauspieler Arnfeld lehrvollend ein Gedicht des Arbeiterdichters Heinrich Verloh, den gefallenen Kameraden gewidmet, und ein Preislied Lied Völkermord registrierte. Harmoniumklänge beendeten die würdige Erinnerungsfeier.

#### Die Ausdehnung der Unfallversicherung auf gewerbliche Berufskrankheiten.

wird von den beteiligten Kreisen (Betriebsunternehmern, Ärzten und Versicherten) immer noch zu wenig beachtet, so daß es angebracht erscheint, insbesondere auf die Vorarbeiten über die Weidewpflicht nochmals hinzuweisen. Der Betriebsunternehmer hat jede in seinem Betriebe vorkommende Berufskrankung, auf welche die Unfallversicherung nunmehr ausgedehnt ist, dem Versicherungsamt des Betriebes binnen drei Tagen in ähnlicher Weise anzuzeigen, wie er einen Betriebsunfall der Polizei anzuzeigen hat. Die gleiche Weidewpflicht liegt dem Arzt ob, der einen Versicherten wegen einer gewerblichen Berufskrankheit behandelt. Sowohl Betriebsunternehmer wie behandelnder Arzt können bei Unterlassung der Anzeige mit einer Ordnungsstrafe belegt werden. Bezirke für die Anzeige erhalten Betriebsunternehmer und Bezirke von dem Versicherungsamt des Betriebes, an welches auch die Anzeigen einzureichen sind. Für die Stadtgemeinde Berlin kommen hierfür die einzelnen Bezirksabteilungen des Versicherungsamtes, in denen der Betrieb belegen ist, in Betracht. Der bezirksweise Amt hat gegen den Versicherungsnehmer Anspruch auf eine Gebühr für die Anzeige für deren Höhe § 50 Abs. 2 der Reichsgewerbeordnung gilt. Außer den Stellen, denen die vorstehend aufgeführten Behörden unterliegt, ist es natürlich auch dem Erkrankten selbst, beziehungsweise seinen Angehörigen oder Hinterbliebenen im eigenen Interesse dringend zu empfehlen, sich durch Nachtrage bei dem behandelnden Arzt oder im Betriebe

davon zu überzeugen, daß die vorgeschriebenen Anzeigen erstattet sind. Vereinzelt hat er die Eintragung an einer Berufskrankheit selbst dem Versicherungsamt des Betriebes anzuzeigen.

#### Zur Provinziallandtagswahl.

In allen öffentlichen Anschlagstellen der Stadt ist eine Bekanntmachung des Magistrats angeheftet, die eine Zusammenstellung der Wahlbezirke und Wahlräume, sowie der Namen der Wahlvorsteher und deren Stellvertreter enthält. Die Wahlhandlung findet, wie bekannt, am 29. November, in der Zeit von 9 Uhr vormittags bis 6 Uhr nachmittags, statt. Um größeren Andrang und längeres Warten zu vermeiden, wird empfohlen, die Vormittags- oder zeitigen Mittagsstunden zur Wahl zu benutzen. Nach 6 Uhr nachmittags können nur noch diejenigen Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zugelassen werden, die zu diesem Zeitpunkt im Wahlraum bereits anwesend waren. Sein Wahlrecht ausüben, darf nur, wer persönlich zur Wahl erscheint und in die Wahlliste der Stadt Breslau eingetragen ist oder einen Wahlschein besitzt. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß die Ausstellung der Wahlscheine durch das Städtische Wahl- und Meldeamt im Rathaus, Zimmer 59, erfolgt, und am 27. November, nachmittags 3 Uhr, geschlossen wird. Die Stimmzettel sind amtlich hergestellt worden und werden den Wahlberechtigten im Wahlraum ausgehändigt. Sie enthalten alle für den Wahlbezirk zugelassenen Vorschläge. Der Wahlberechtigte hat seine Stimmabgabe dadurch kenntlich zu machen, daß er den von ihm gewählten Vorschlag mit einem Kreuz oder einem anderen deutlichen Zeichen verzeichnet. Durch sonstige Eintragungen, die den Willen des Wählers nicht unzweifelhaft erkennen lassen, wird der Stimmzettel ungültig. Wir machen das Kreuz ins erste Feld.

#### Der Streit um die Gemeindeverfassung.

Der Stadtrat hat sich für das Einkammersystem ausgesprochen, das mit der neuen Städteordnung auch in Preußen zur allgemeinen Geltung kommen soll. Im Osten hängt man aber doch sehr stark am Zweikammersystem von Magistrat und Stadterordnetenversammlung, das sich ja auch im ganzen Reich verbreitet hat, besonders seit wir ein demokratisches Wahlrecht haben. Vor dem rheinischen Bürgermeistertag hat man alle Scheu. Man will einem Manne nicht soviel Gewalt geben, wie damit verbunden ist, und die schlesischen Bürgermeister gefürchtet sind auch gar nicht nach soviel Gewalt. Wenn nun auch aus Bayern im allgemeinen nichts gutes kommt, so hat doch die dortige Gemeindeverfassung große Vorzüge. Sie ist ja auch unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Hoffmann eingeführt worden, ehe die Reaktion in Bayern hoch kam.

Am Sonnabend hat sich eine schlesische Bürgermeisterversammlung, die unter dem Vorsitz des Breslauer Oberbürgermeisters Dr. Wagner im Landeshause tagte, mit der Angelegenheit beschäftigt. „Eine oder Zweikammersystem“ lautete die Tagesordnung. Erster Redner war Oberbürgermeister Dr. Weich aus Ludwigsbafen. Früher ein Anhänger des Zweikammersystems, bekenn er sich heute nach den in Bayern gemachten Erfahrungen unbedingt zum Einkammersystem, aber nicht nach rheinischen, sondern nach bayerischen Maßstab, nicht zum Bürgermeister, sondern zum Stadtratssystem. Es hat sich außerordentlich bewährt und ist insbesondere auch von Württemberg und Hessen angenommen worden. Neben den Bürgermeister arbeiten die Dezernenten mit Senatoren und Ausschüssen zusammen, die ziemlich selbstständig sind. Nur große und prinzipielle Fragen kommen ins Plenum, alles von geringerer Wichtigkeit wird in den Ausschüssen erledigt. Konflikte habe es unter diesem System noch nie gegeben, und die Kommunalpolitiker aller Richtungen haben sich in kurzer Zeit vollkommen damit befreundet.

Als Korreferent sprach dann Stadterordnetenvorsteher Dr. Hübner aus Hirschberg für die Beibehaltung des bisherigen Zweikammersystems. Besonders aber freute es ihn, daß auch der Borsdorfer vom rheinischen Bürgermeistertag nichts wissen wollte. Da wir mit unserem System keinen besonderen Grund zur Unzufriedenheit haben, sollten wir aber auch noch die weiteren Erfahrungen mit dem bayerischen System abwarten.

Die beiden Reden sollen gedruckt werden, um dann den schlesischen Stadterordneten zu beschäftigen. Von einer Aussprache wurde deshalb abgesehen.

#### Ein Undankbarer.

Der 31 Jahre alte Arbeiter Paul Witzka klagte im vorigen Jahre dem Handelsmann Warmetzke seine Not. Um ihm etwas verdienen zu lassen, nahm ihn W. aus Mitleid in Arbeit. Er sollte seinen Handwagen mit besessenen und ihm sonst zur Hand gehen und er betraute den Witzka mit seiner Vertretung. Als er aber nach einiger Zeit zurückkam, fand W. den Wagen vollständig abgeräumt. W. handelte mit Feuerzeugen. Diese waren alle weg, außerdem fehlten 14 Mark bares Geld und andere Kleinigkeiten, so daß W. einen Schaden von etwa 150 Mark erlitten hatte. Lange suchte W. vergeblich nach Witzka, bis er ihn dann eines Tages bei der Heilsarmee entdeckte. Dort ließ er ihn verhaften und stellte Strafantrag wegen Diebstahls. Zur Verhandlung vor dem Einzelrichter war er nicht erschienen, da er gegenwärtig eine längere Freiheitsstrafe in Mählenze verbüßt. Der Einzelrichter zog erschwerend in Betracht, daß Witzka hier einen Mann bestohlen hat, der ihm Gutes getan hat, obgleich er selbst nichts zu verdanken hat und erkannte auf 1 1/2 Jahre Gefängnis und 3 Jahre Ehrverlust.

#### Wahl zum Provinziallandtag.

Im Landeshaus, Gartenstraße, Regiert die Schwarz-weiß-rote Blase. Sie sorgt dafür, daß dem Prolet in Schließen nicht zu gut es geht. Verborgener in des Hauses Dunkel, Treibt dort der Junker sein Gemüdel, Und selbst jemand nur erzählt, Das, was zu wissen er begehrt.

Im Saale gibt es keine Feuerta. Die Wände stieren nur Welkenster. Der alten Zeit, in Del gemalt, Wo man man keinen Dreier zählt. Doch möchten manch diese Wände hoch auf den Thron von neuem setzen, Weil an dem neuen, freien Staat Der Junker keine Freude hat.

Hera zur Wahl nun, ohne Jagen! Laßt sie von Ihren Eiben jagen. Die Herren, die Schwärz an aller Not, Und die geistern uns das Brot! Das Arbeitsvolk, im Schließerlande, Darf nicht mehr dulden diese Schande, Daß dort, wo es zu wählen hat, Ein Volksfeind list, an Freundes Statt.

Jetzt endlich rein auch diesen Winkel Von Eigenmut und Roffendünkel! Die Sorte, die das Volk nur quält, Und überall spinnwebgewöhnt! Wir wollen selber uns verwalten, Und unter Leben frei gestalten; Verschwinden muß des Volkes Not, Drum tretet an, und wäpset rot!



# Gewerkschaftsbewegung.

## Die Arbeitslöhne in Russland.

(April—Juni 1923.)

Das Oktoberheft der offiziellen „Statistischaja Obozrenenie“ bringt Angaben über den tatsächlichen durchschnittlichen Lohn der industriellen Arbeiter in den russischen Staatsbetrieben in den Monaten April—Juni 1923. Es handelt sich nicht um die Tariflöhne, sondern um den tatsächlichen Lohn, alle Abzüge, Leberkünden- und andere Zulagen mitgerechnet. Die Angaben beziehen sich nicht auf Berufsgruppen, sondern auf Industriezweige und jeweils auf das ganze Land. Die Löhne sind in Rubel angegeben (1 Rubel gleich 2,16 Mk.).

Die Löhne sind in Rubel angegeben (1 Rubel gleich 2,16 Mk.).

Berufliche Stationen	Lohn in Rubel
Gesamtdurchschnitt	70,93
Stahlindustrie	73,48
Metallindustrie	72,18
Gummifabrikation	71,30
Graphisches Gewerbe	68,72
Gemeinnützige Betriebe	67,33
Textilindustrie	61,06
Werkzeugbau	60,03
Bierbrauerei	58,11
Lebensmittelindustrie	57,03
Tabakindustrie	53,85
Landwirtschaft	48,72
Chemische Industrie	48,07
Lebensmittelgewerbe	48,11
Metallgewerbe	47,87
Werkzeugbau	46,80
Textilgewerbe	45,32
Metallgewerbe	43,01
Lebensmittelgewerbe	42,12
Lebensmittelgewerbe	39,20
Lebensmittelgewerbe	38,28
Lebensmittelgewerbe	36,90
Lebensmittelgewerbe	35,52
Lebensmittelgewerbe	35,05
Lebensmittelgewerbe	31,22
Lebensmittelgewerbe	30,21
Lebensmittelgewerbe	28,03

Im Reichsdurchschnitt beträgt der Monatslohn eines Arbeiters in der gesamten Industrie 43,50 Rubel, jedoch in Moskau 51 und in Petersburg 65,16 Rubel. Der nominale Arbeitslohn ist in den beiden Hauptstädten um etwa 50 vom Hundert höher als im Durchschnitt des ganzen Reiches. Die Differenz der realen Löhne ist etwas kleiner, aber auch sie ist enorm groß. Der Arbeiter bekommt im Durchschnitt einen Reallohn, der nur 24 vom Hundert höher ist als der Reallohn des durchschnittlichen russischen Industriearbeiters (auch die hauptsächlichsten Betriebe mit eingerechnet). Der Reallohn der Petersburger Arbeiter ist noch höher: er übersteigt den Durchschnitt für das Reich um 43,4 vom Hundert.

### Der Gehaltentwurf zur Arbeitslosenversicherung

Hauptgegenstand der letzten Sitzung des Breslauer Ausschusses des A.G.B. Kollege Werner hielt einen Vortrag. In der Frage der Arbeitslosenversicherung ist die Gewerkschaften bahnbrechend. Sie haben zuerst die Arbeitslosenversicherung für ihre Mitglieder eingeführt. 1893 war man in der Schweiz, wo der erste Versuch einer öffentlichen Arbeitslosenversicherung in sieben Ländern die Zwangsversicherung und in neun Ländern die freiwillige Versicherung. In Deutschland besteht ein Zwangsbeitrag, insofern, als die Arbeiter zahlen und keine Rechte haben. Durch das neue Gesetz wird der Entwurf vorliegt, soll der Artikel 163 erfüllt werden. Der Entwurf aber ist sehr mangelhaft und unzulänglich. Die Versicherungsleistung ist, entsprechend der Krankenversicherungsleistung, nur bis zu einem Einkommen von 2700 Mark. Damit werden sehr viele Angestellte, die zwar etwas besser bezahlt sind, aber ebenso arbeitslos werden können, wie alle anderen, von der Versicherung ausgeschlossen. Weiter sind die Mehrzahl der Landarbeiter ausgeschlossen, sofern sie nämlich über etwas Grund und Boden verfügen, oder auf unbestimmte Zeit beschäftigt sind. Die Arbeiter sind gegen die Versicherung der Landarbeiter Sturm laufen, aber die Landwirtschaft wird unter der Nichtversicherung der arbeitslosen Arbeiter am meisten zu leiden haben, da bei ungünstiger Konjunktur der Zug zur Stadt noch stärker werden wird. In den weiteren Mängeln gehört, daß Unterstützung nicht gewährt werden soll, wenn die Arbeitslosigkeit von Streit oder Zwangsleistung verursacht wird. Wenn aus die kämpfenden Natur der Arbeiter sind, so muß doch gefordert werden, daß sie in Mitleidenschaft gezogenen Unterstützung erhalten. Die Versicherung wird der bisherige Zustand in bezug auf die Arbeitslosigkeit. Die erste nach 26 hat bisher 13 Wochen eintreten können, vor allem aber in bezug auf die Höhe der Unterstützung. Es sind fünf Lohnklassen bis 10, 20, 30, 40 und 50 Mark Wochenlohn vorgesehen, die Berechnungsziffer aber ist im höchsten Maße gering. Welche tägliche Summen an Unterstützung herauskommen, zeigt folgendes Beispiel: Während ein verheirateter Arbeiter mit weniger als 20 Mark Wochenverdienst und vier Kindern heute 17,10 Mark erhält, hat er künftig nur Anspruch auf 7,50 Mark. Der Rechner forderte deshalb in der Hauptsache, daß der Beitrag bezahlt hat, freiwillig Mitglied bleiben kann, aber der Beitrag der Landarbeiter einbezogen, die Versicherungsleistung zum Einkommen von 6000 Mark ausgedehnt, die Unterstützung erhöht, die nicht vorgelegene Kurzarbeiterunterstützung aufgenommen, und einheitliche Beiträge im ganzen Reich eingeführt werden. Leider zeigt es sich auch bei diesem Gesetz, wie wenig sich die Interessiertheit der Arbeiterklasse bei allen Vorschlägen zeigt.

### Die Hungerlöhne der Landarbeiter als Ursache der Landflucht.

Eine Anzahl unserer Wirtschaftspolitiker beannten die Notwendigkeit der Überleitung überschüssiger Kräfte aus der Landwirtschaft in die Landwirtschaft, und sehen darin die einzig mögliche Lösung des deutschen Wirtschaftsproblems. Zur Zeit ist aber gerade das Gegenteil zu beobachten: landwirtschaftliche Arbeiter gehen zunehmend in die Städte und suchen in der Industrie Aufnahme. Der Grund dafür sind u. a. auch die Hungerlöhne der Landarbeiter, die noch gedrückt sind als die der Industriearbeiter. Im Zentralblatt der preussischen Hauptlandwirtschaftskammer wurden kürzlich die tarifmäßigen Jahreslöhne und Jahresarbeitszeiten der Landarbeiter im laufenden Jahr zusammengestellt. Die Landarbeiter erhalten mit Ausnahme von Württemberg und Baden in der Regel ihren Lohn nur zum geringsten Teil in bar, im übrigen als Wohnung, Feuerung, Viehhaltung usw. in Form des Deputats. Diese Deputate wurden im erwähnten Bericht in Geld umgerechnet. Da es sich hier um eine Veranschlagung handelt, müssen wir mit Ungenauigkeit rechnen, daß der Geldwert der Deputate zu hoch angesetzt ist und ihr Wert in Wirklichkeit erheblich geringer sein muß. Trotzdem zeigt der Gesamtlohn (Barlohn und Deputatsumme zusammen) einen außerordentlich niedrigen Stand. Als Gesamtlohn wird in Ostpreußen für die verschiedenen Kreise durchschnittlich weniger als 900 Mark für das Jahr berechnet, wobei auf den Wärslohn 10—16 Prozent entfallen. In Schlesien beträgt der Gesamtlohn 880 Mark im Jahr, davon 27 Prozent in bar. In Bayern: in Oberbayern 808, in Oberfranken 804 Mark. In den anderen Ländern ist der Gesamtlohn etwas höher, erreicht aber in der Regel nirgends 1200 Mark im Jahr. Die Jahresarbeitszeit in Stunden beträgt fast durchweg 2900, woraus sich eine Durchschnittsarbeitszeit von ungefähr 10 Stunden im Tag ergibt.

Die Erwerbslosigkeit unter den Angestellten. Auf Beschluß des Haushaltsausschusses des Reichstages erfolgte am 16. Juli durch die Reichsarbeitsverwaltung unter Mitwirkung der öffentlichen und der Verbandsarbeitsnachweise der Angestelltenorganisationen eine Zählung der erwerbslosen Angestellten. In der Zählung haben sich 53 986 männliche und 19 019 weibliche Angestellte beteiligt, insgesamt also 66 985 Angestellte. Diese Ziffer liegt sehr weit unter der in den monatlichen Ausweisen der Arbeitsnachweise gemeldeten. Im Durchschnitt der Monate Juni und Juli waren bei den Arbeitsnachweisen gemeldet 81 800 kenneleiose Angestellte. Die Differenz von rund 15 000 läßt sich durch Doppelmeldungen bei den Arbeitsnachweisen allein nicht erklären, vielmehr muß ein erheblicher Teil der Angestellten entweder aus falscher Scham oder aber aus Verweigerung der Zählung ferngeblieben sein. Die veröffentlichten Ziffern geben ein trübes Bild von der sozialen Lage der kenneleiosen Angestellten. Nicht weniger als 17 679 Angestellte oder 26,4% der Gesamtzahl hatten das 40. Lebensjahr bereits überschritten. Nach dem Berufsstand betrachtet, stellen die über 50% 10% Jahre Berufstätigen mit 22,1% den höchsten Prozentsatz, ihnen folgen mit 15,9% der Gesamtzahl die über 10% bis 15% Jahre Berufs-

Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt Schlesiens. Zunahme der Arbeitslosigkeit. — Vor umfangreichen Entlassungen in der Hirschberger Textilindustrie. — Fortgesetzte Verschlechterung der Arbeitsmarktlage in der Metallindustrie. — Entlassungen, Betriebsseinstellungen und Arbeitszeitverkürzungen. Die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage setzte sich in der Berichtswache weiter fort. Die Zahl der Arbeitslosen stieg in der Provinz Niederschlesien von 27 030 auf 29 767, die der Erwerbslosenunterstützungsempfänger von 10 615 auf 12 687, während die Zahl der gemeldeten offenen Stellen von 4124 auf 3617 zurückging. In der Landwirtschaft hat die Nachfrage nach Arbeitskräften — auch für Dauerstellungen — nach wie vor größtenteils die Hauswirtschaft bedingt ist, nachgelassen. Nur in einigen Bezirken konnte der Bedarf an Mähdern für Stall und Feld nicht gedeckt werden. Die Vermittlung von Landarbeiterfamilien war verhältnismäßig regen Geschäft blieben Familien mit Hofgärten. Aus Breslau konnte ein Transport von Erwerbslosen zu Kulturarbeiten in die Elmberger Heide vermittelt werden. Aus dem Hirschberger Bezirk wurde eine Anzahl von Hofjägern zu Jagdplagarbeiten in die von Kometensträß betroffenen Gebiete überwiesen. Im Bergbau ist die Arbeitsmarktlage im Waldenburger Revier ruhig; einige Vermittlungen wurden vorgenommen. Ebenso zeigte sich der Landeshaupter Bezirk nicht mehr unzufrieden. In der Industrie der Steine und Erden nehmen die Betriebsseinstellungen und Entlassungen von Arbeitskräften im Ziegeleigewerbe weiter zu. Die Aussperrung in der Weitzhohlglasindustrie im Rohnenburger-Görlitzer Bezirk dauert fort. Im Schönauer Bezirk hat ein Konkurs die Arbeitszeit auf 35 Stunden wöchentlich gestreckt. Im Habelschwerdter Bezirk hat eine Edelsteinindustrie ihren Betrieb voll aufgenommen und eine Anzahl Arbeiter und Arbeiterinnen neu eingestellt. In der Metallindustrie hält durchweg die Verschlechterung der Arbeitsmarktlage an. In Breslau nahm die Zahl der erwerbslosen Fabrikarbeiter und Hilfskräfte weiter zu. In Liegnitz hat ein großes Karosierwerk Schloffer und Dreher sowie Holzarbeiter zur Entlassung gebracht. Ebenso ist dort 56 Metallarbeiter von einem Maschinenwerk getrennt worden, ein anderes Maschinenwerk hat die Arbeitszeit eingeschränkt. Gleichfalls wird in der Liegnitzer Pianoindustrie wöchentlich 36 Stunden gearbeitet. Im Rohnenburger Bezirk entließ ein größeres Werk der Maschinenindustrie sowohl Schloffer als auch Dreher und ungelernete Arbeitskräfte; auch eine Anzahl Angestellter kamen zur Entlassung. In Bielefeld nahm die Zahl der erwerbslosen Metallarbeiter wesentlich zu. In Hainau hat eine Maschinenfabrik 48 Arbeitskräfte entlassen. Ebenso hat hier eine andere Maschinenfabrik — wenn auch in geringem Umfang — Entlassungen vorgenommen. In Oplau kamen infolge Betriebsstörung (Kohlenbruch) bei einem Zinkwalzwerk 89 Arbeitskräfte vorübergehend zur Entlassung. Dagegen ist in Streblen die Arbeitsmarktlage zur Entlassung der Metallindustrie noch einigermaßen günstig. In Schweidnitz wurde durch das Eisenbahnwerkstättenamt eine Anzahl Schloffer und andere Facharbeiter eingestellt. Im Waldenburger Bezirk stieg die Zahl der erwerbslosen Schloffer, Schmiede und Klempner, dagegen fanden Vermittlungen von Elektromonturen statt. Im Spinnstoffgewerbe wird im Bunzlauer Bezirk noch voll gearbeitet. Von den im Waldenburger Spinnstoffgewerbe entlassenen ungelernen Arbeiterinnen konnten eine Anzahl in der Porzellanindustrie untergebracht werden. Im Hirschberger Bezirk hat eine Glasfabrik die Entlassung von etwa 600 Arbeitskräften angekündigt. Kurzarbeit ist in einem größeren Textilwerk im Glaser Bezirk eingeführt worden. Auch die Liegnitzer Textilindustrie arbeitet vermindert. Entlassungen stehen bevor. Dagegen ist die Streblener Textilindustrie noch voll beschäftigt. In Landeshut rechnet man mit einem Steigen der Zahl der arbeitslosen Handwerker, da seitens der bisherigen Auftraggeber Aufträge in der letzten Zeit nicht mehr eingegangen sind. Ebenso arbeitet die Landaner Tischlereiindustrie vermindert; Entlassungen von Heimarbeiterinnen haben hier bereits stattgefunden. In der papierherstellenden und verarbeitenden Industrie im Rohnenburger Bezirk hat eine Papierfabrik und eine Kartonagenfabrik Kurzarbeit (drei bis vier Tage in der Woche) eingeführt. In der Lederindustrie entließ in Walsau eine Kofferfabrik eine Anzahl Arbeitskräfte. Im Holz- und Schnitzstoffgewerbe verschlechterte sich die Arbeitsmarktlage allgemein. Im Rastauer Bezirk fanden eine Anzahl Entlassungen bei einem Sägewerk statt. In Bunzlau nimmt die Zahl der Arbeitslosen im Holzgewerbe ständig zu. Im Waldenburger Bezirk hat eine Spinnerei ihren Betrieb wieder aufnehmen können; ein Teil der früheren Belegschaft wurde wieder eingestellt. Die Holzindustrie im Hirschberger Bezirk zeigte kein einheitliches

Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt Schlesiens. (Fortsetzung) ...

Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt Schlesiens. (Fortsetzung) ...

Wirtschaft. Der Arbeitsmarkt Schlesiens. (Fortsetzung) ...

### Mitgliederrückgang der christlichen Gewerkschaften.

Nach den letzten Nummern des Zentralblattes der christlichen Gewerkschaften haben diese im letzten Jahre nach den Bezirken über die Mitgliederbewegung einen starken Verlust erlitten. Im Jahresdurchschnitt 1923 zählten die christlichen Gewerkschaften 97 920, am 1. Dezember 1924 dagegen nur noch 812 952 Mitglieder. Ob jetzt wieder ein Ansteigen der Mitgliederzahlen, wie bei den freien Gewerkschaften, zu verzeichnen ist, geht aus dem Bericht des Zentralblattes nicht hervor.

### Wahlung, Textilarbeiter!

Die Eintrittskarten zur Lichtbildervorführung sind ab heute zum Preise von 35 Pf. im Verbandsbüro und bei den Funktionären in den Betrieben zu haben. Wer im Besitz einer Eintrittskarte für Freitag, den 27. November, abends 7 1/2 Uhr, ist, kann am gleichen Tage nachmittags 4 Uhr keine Kinder oder Geschwister über 6 Jahre alt unentgeltlich zur Kinderdarstellung leihen. Der Kinderausweis ist von der Eintrittskarte loszutrennen und den Kindern mitzugeben. Auf jeden Ausweis dürfen nur zwei Kinder entnommen werden und muß auch der Name der Kinder auf dem Ausweis angegeben sein. Kinder ohne den anhängenden Eintrittskartenausweis werden nicht zugelassen. Darum, Textilarbeiter! Beschafft euch rechtzeitig die Eintrittskarten für abends 7 1/2 Uhr für Erwachsene im Kleinen Saal des Gewerkschaftshauses zum Preise von 35 Pf., da ihr dadurch auch euren Kindern oder Geschwister den unentgeltlichen Einlaß für denselben Tag am Nachmittag verschafft und ihnen eine besondere Freude bereitet. Die Eintrittskarten sind nur in beschränkter Zahl vorhanden.

### Wirtschaftsgepräge: bei größeren Firmen sind bereits Entlassungen zu verzeichnen.

In Walsau ist der Streik bei einer Knochfabrik beendet worden, der Betrieb arbeitet zurzeit mit der halben Belegschaft. Ein großer Teil der Ausschließenden fand Beschäftigung bei Wasserbau- und Straßenarbeiten. Eine Möbelfabrik im Hainauer Bezirk nahm größere Entlassungen vor. Im Nahrungs- und Genussmittelgewerbe hat eine Zigarrenfabrik im Laubauer Bezirk ihren Betrieb eingestellt und die Belegschaft entlassen. Im Tabakgewerbe des Glaser Bezirks wird vermindert gearbeitet. In Oplau konnte eine Zigarrenfabrik einige Arbeitskräfte wieder einstellen. In Liegnitz ist die Kampagne in den Gutfeneinsetzern beendet (vier Wochen früher als im Vorjahr). In Breslau ist in familiären Großbrauereien ein Streik der Brauer und Arbeiter (Kuliger) ausgetrieben.

### Edmund Stinnes macht regelrechten Konkurs.

Eine Gläubigerversammlung der Berliner Ag-Werke des Dr. Edmund Stinnes, die bekanntlich seit längerer Zeit unter Geschäftsaufsicht stehen, beschloß in der Nacht von Sonnabend zum Sonntag, den Konkurs anzumelden. Der Betrieb soll jedoch auch nach der Konkursurteilung aufrecht erhalten und die bevorstehende Automobilausstellung besichtigt werden.

### Fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage auch in der Holzindustrie.

Die Feststellungen des Deutschen Holzarbeiterverbandes über die Wirtschaftslage in der deutschen Holzindustrie für den Monat Oktober haben ergeben, daß das Verhältnis zwischen Einstellung und Entlassung ungünstiger geworden ist. Erhielt wurden im Monat Oktober 611 Betriebe (im September 601) mit 94 785 Arbeitern (im September 97 797 Arbeitern). Von den Beschäftigten waren 28,6 Prozent mit 33,5 Prozent beschäftigt und 22,9 Prozent schlecht beschäftigt. Der Prozentfuß für die gut Beschäftigten betrug im September 49,6 Prozent, betriebend waren im September 26,6 Prozent und schlecht waren: 23,8 Prozent beschäftigt. Im Oktober 1924 ergab die Statistik 51,6 Prozent gut, 36,8 Prozent betriebend und 12,1 Prozent schlecht Beschäftigte.

### Die Lage der chemischen Industrie.

In der chemischen Industrie, wo 35 000 Arbeiter wegen ihrer Lohnforderungen ausgeperrt wurden, ist eine gute Geschäftslage vorhanden. Geheimrat Duisberg hat gelegentlich der Generalversammlung von Bayer & Co. in Leverkusen, wo die Diskussion mit dem Antikongress in den „Farbenrühr“ ausgeprochen wurde, die gegenwärtige Lage der chemischen Industrie Deutschlands als günstig und jedenfalls besser wie in den anderen Industrien bezeichnet. Der Auslandsabsatz ging zwar nach der Stabilisierung zurück, als Folge der Tatsache, daß während des Krieges die Farbenindustrie in einer Anzahl von Ländern stark entwickelt wurde. Vor allem sind es Amerika, England und Frankreich, die heute viel weniger als früher Farben von Deutschland kaufen. Von der Gesamtsumme entfielen vor dem Krieg 22 Prozent auf Amerika, heute nur 2 Prozent, Frankreich erhielt heute den größten Teil, heute 14 Prozent, heute 4 Prozent. Frankreich hat heute den größten Teil der Reparationskosten. Der Absatz nach dem Osten ist ebenfalls stark zurückgegangen. Rußland ist auf dem Markt ausgeschlossen. Der Gesamtabsatz hat sich nach Duisbergs Ausführungen folgendermaßen gestaltet: Anorganisch verdoppelt, organisch um 50 Prozent erweitert. Stickstoff der Inlandsbedarf wird vollständig gedeckt, sowohl für die Landwirtschaft wie für den technischen Gebrauch; hierdurch wird die Hälfte der Exporte für die chemische Industrie eingespart. Somit stellt sich die Lage der chemischen Industrie trotz des Ausfuhrückgangs als sehr günstig dar.

